

Buchbinder-Zeitung

Erste Ausgabe
Abonnementspreis 1,00 Mark pro
Quartal zzgl. Beleggeld. Beleg-
ungen nebeneben an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Rollbujerdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Zeitspate 20 Pf.
Zweizeilige 25 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Pf.; Veram-
tungsanzeigen 10 Pf. Verbat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 41.

Berlin, den 12. Oktober 1907.

23. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Zahlstelle U m a. D. hat sich aufgelöst. Unterstützung wird daselbst nicht mehr verabfolgt.

2. Um Irrtümer im Ableben der Beitragsmarken zu vermeiden, wolle man beachten, daß für die Woche vom 13. bis 19. Oktober das mit der Ziffer 42 bezeichnete Beitragsfeld im Mitgliedsbuch oder -Karte zu bekleben ist. Der Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

3. Um eine Einheitlichkeit im Ableben der ersten Quittungsmarken bei Neueintretenden zu erreichen, wollen die örtlichen Funktionäre beachten, daß für alle diejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche die Anmeldung an den ersten vier Wochentagen, also Sonntag, Montag, Dienstag und Mittwoch vollziehen, für die jeweils laufende Woche die Beitragsmarke zu kleben ist, während für alle diejenigen, die am Donnerstag, Freitag und Sonnabend die Anmeldung vollziehen, die erste Marke für die folgende Woche zu kleben ist.

4. Bei Uebertritten aus anderen deutschen Gewerkschaften, die der Generalkommission angeschlossen sind, in unseren Verband, werden den Uebertrittenden die im bisherigen Verband geleisteten Beiträge, ihrem Wert entsprechend, angerechnet. Bei Anmeldung solcher Uebertritte bitten wir die Funktionäre darauf zu achten, daß der Beitrag bis zur laufenden Woche bezahlt und die Abmeldung vom bisherigen Verband, mit der Angabe, daß die Abmeldung zum Zwecke des Uebertritts erfolgt ist, in das Mitgliedsbuch eingetragen sein muß.

Das Mitgliedsbuch ist dann, unter Beifügung eines ausgefüllten Aufnahmeformulars, in dem auch das Datum des Uebertritts und die Beitragsklasse, in die das Mitglied steuern will, anzugeben ist, an uns einzusenden.

Die Ausfertigung der Mitgliedskarte bezw. des Mitgliedsbuches erfolgt dann unsererseits.

5. Diejenigen Mitglieder, welche im Herbst dieses Jahres zum Militärdienst einberufen werden, sind verpflichtet, sich nicht nur bei der Stelle abzumelden, wohin sie ihre Beiträge abgeführt haben, sondern sie müssen ihr Mitgliedsbuch an den Verbandsvorstand zur Abmeldung und Aufbewahrung einsenden.

6. Wir erinnern nochmals daran, daß die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt, sofern dieses noch geschehen ist, sofort an uns eingesandt werden müssen, da nur noch diejenigen Karten bei der diesmaligen Zusammenstellung Verwendung finden können, die spätestens am 14. d. M. früh morgens hier eingehen.

Diejenigen Zahlstellen und Gauen, deren Bevollmächtigte die Berichtskarten nicht oder nicht rechtzeitig einsenden, werden an dieser Stelle bekannt gegeben.

Der Verbandsvorstand.

Die Genossenschaftsbewegung in Deutschland.

Die jüngst auf dem Genossenschaftstage in Düsseldorf hervorgetretenen Gegensätze zwischen einzelnen Gewerkschaften und den im Zentralverband deutscher Konsumvereine organisierten Genossenschaften, lassen es angezeigt erscheinen, über den Stand des Genossenschaftswesens in Deutschland überhaupt, unseren Kollegen einige Zahlen und sonst Wissenswertes vorzuführen. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß neben dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, dem die seinerzeit aus dem Allgemeinen Verband ausgeschlossenen und die fortgeschritteneren Vereine angehören, eben dieser Allgemeine Verband (Schulze-Delitzsch) als Vertreter der sogenannten gewerblichen Genossenschaften und Konsumvereine existiert, wogegen die landwirtschaftlichen Genossenschaften im Neuwieder Raiffeisen Verband und im Reichsverband d. L. G. organisiert sind. — Insgesamt bestanden am 1. Januar 1906 in Deutschland 24 652 eingetragene Genossenschaften mit 3 658 437 Mitgliedern. Nach der Haftpflicht verteilt, sind 16 784 Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung, 156 mit unbeschränkter Nachschußpflicht und 7 712 Genossenschaften mit beschränkter Haftung vorhanden.

Die Genossenschaften und deren Mitgliederziffern steigen erheblich schneller als die Bevölkerung; während die Bevölkerung von 1900—1905 nur um 7½ Proz. stieg, betrug die Mitgliederzahl sämtlicher deutscher Genossenschaften:

	Zunahme
1. Jan. 1904 . . . 3 208 324	04—05 201 547 = 6,3 %
1. " 1905 . . . 3 409 871	
1. " 1906 . . . 3 658 437	05—06 248 566 = 7,3 %

Die Zahl der Genossenschaftsmitglieder wächst also in einem Jahr relativ ebenso stark wie die Bevölkerung Deutschlands in 5 Jahren. Da die Genossenschaftsmitglieder fast ohne Ausnahme Familienvorstand sind, so stellt sich, unter Annahme einer Durchschnittsfamilie zu fünf Köpfen, die Zahl der Genossenschaftsmitglieder auf etwa 18,3 Millionen. Das ist von 60,7 Millionen Einwohnern in Deutschland mehr als 30 Proz., die mit dem Genossenschaftswesen in irgend einem Zusammenhang stehen. Was die Art der Genossenschaften anlangt, stehen die Kreditgenossenschaften an erster Stelle: 15 108 mit 2 018 821 Mitgliedern; erst nach großem Abstände folgen die 3 264 landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften mit 239 729 Mitgliedern, dann die 1922 Konsumvereine mit 977 715 Mitgliedern, die landwirtschaftlichen Rohstoffgenossenschaften: 1702 mit 141 804 Mitgliedern und die 641 Wohnungs- und Baugenossenschaften mit 122 430 Mitgliedern. Die übrigen Genossenschaftsarten zählen je unter 500 Vereine; wir werden sie anders gruppiert vorführen, müssen uns aber die Spezialisierung besonders der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaft aus Raumangel ersparen. Interessenten mögen das Augustheft des „Reichsarbeitsblattes“ nachschlagen, dem diese Zahlen entnommen sind. Nach der angegebenen Quelle zeigt sich bezüglich der Art des Unternehmens

folgendes Bild: Kreditgenossenschaften 15 118 mit 2 018 871 Mitgliedern, gewerbliche Arbeitsgenossenschaften 141 mit 7829 Mitgliedern, gewerbliche Verwertungsgenossenschaften 70 mit 2914 Mitgliedern, gewerbliche Bezugsgenossenschaften 667 mit 38 542 Mitgliedern, landwirtschaftliche Verwertungsgenossenschaften 3568 mit 277 575 Mitgliedern, landwirtschaftliche Bezugsgenossenschaften 2140 mit 160 097 Mitgliedern; Konsumgenossenschaften 2658 mit 1 117 887 Mitgliedern und 300 sonstige Genossenschaften mit 34 772 Mitgliedern. Die Konsumgenossenschaften zählen 1922 Konsumvereine mit 977 515 Mitgliedern, 22 Konsumproduktivgenossenschaften mit 10 228 Mitgliedern, 641 eigentliche Baugenossenschaften mit 122 430 Mitgliedern und 73 Wohnungsgenossenschaften (Reinshäuser) mit 7514 Mitgliedern. Auf den von den Agrariern sonst gepredigten Schutz des Mittelstandes, welche Vorspiegelung leider immer noch geglaubt wird, mag die Tatsache ein Schlaglicht werfen, daß 5157 landwirtschaftliche Warengenossenschaften mit 437 672 Mitgliedern vorhanden sind, also fast dreimal soviel als Konsumvereine. —

Im sogenannten alten, d. h. dem „Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ sind 1419 Genossenschaften vereinigt. Von diesen sind 953 Kreditgenossenschaften, 276 Konsumvereine, 112 Baugenossenschaften, 64 Rohstoff- und Wertgenossenschaften, 9 Aktienbanken und 5 andere Unternehmungen. Die Kreditgenossenschaften hatten 539 993 Mitglieder, d. h. im Durchschnitt 586 Mitglieder. Ueber die geschäftliche Tätigkeit und den Umsatz usw. dieser Genossenschaften zu berichten, hat für unsere Leser wenig Wert; es sei nur noch angeführt, daß das Geschäftsausgaben auf das einzelne Mitglied 307,04 Mk. beträgt. Die berichtenden 260 Konsumvereine des Allgemeinen Verbandes hatten 238 097 Mitglieder, was im Durchschnitt pro Verein 916 Mitglieder ergibt. Die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Berufsgruppen stellt sich so dar, daß gewerbliche Arbeiter zirka 29 Proz., kleine Beamte 14 Proz., selbständige Handwerker 11 Proz., freie Berufe und höhere Beamte 12 Proz. der Mitglieder stellen; den Rest beanspruchen andere Berufe mit geringer Prozentzahl, darunter freilich Rentiers usw. mit 8 Proz. Auf die unselbständigen Arbeiter entfallen 49,85 Proz., also etwa die Hälfte der Mitglieder. Der Verkaufserlös der 260 Vereine belief sich auf 58 Millionen Mark; im Durchschnitt pro Verein 223 595 Mk. Der von 26 Konsumvereinen in eigener Produktion hergestellte Wert betrug 5 485 929 Mk. Die Betriebsmittel bestehen zu 66,25 Proz. aus eigenem und zu 33,75 Proz. aus fremden Geldern, wogegen die Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Verbandes nur 27,7 Proz. eigenes Vermögen als Betriebsmittel haben. Eigene Bäckereien haben 21 Vereine; weitere Produktionszweige sind Schlächtereien, Destillation und Sodawasserfabrikation. — Die Rohstoffgenossenschaften im Allgemeinen Verbands betragen 16, wovon 12 auf Schuhmacher kommen. Die 25 Wertgenossenschaften sind 6 Tischlereien, 4 Mültereien, 4 Abfuhr-, je 2 Tuchfabrikations-, Schifferei-, Salzfabri- und

Elektrizitätsgewerbe. Von den 10 gewerblichen Produktivgenossenschaften sind 2 im Buchdruck-, 3 im Baugewerbe, 3 Branntweinbrennerei und je 1 Schuhmacherei und Bergwerksbetrieb. Die 138 Baugenossenschaften haben seit ihrem Bestehen teils zum Erwerb, teils zur Miete 6842 Häuser errichtet, in denen rund 28 300 Wohnungen enthalten sind. In Betriebsmitteln haben die Baugenossenschaften zirka 13 Proz. eigenes, 87 Proz. fremdes Geld.

Dem Zentralverband deutscher Konsumvereine gehörten Ende 1906 929 Genossenschaften an, von denen 886 eine Mitgliederzahl von 781 369 hatten. In 2324 Verkaufsstellen, Lagern usw. wurden bei 10 116 Angestellten 258 Millionen Mark Umsatz erzielt. Der Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren betrug 24 Millionen Mark. Von der Gesamtmitgliederzahl entfallen 776 999 auf die Konsumvereine, wogegen 4370 den Produktivgenossenschaften angehören. Bei den Konsumvereinen sind 9759 Personen beschäftigt, davon 8307 in der Warenverteilung und 1452 in der Warenproduktion, bei den Arbeits- und sonstigen Genossenschaften 703, wovon 281 bei der Warenverteilung und 422 bei der Produktion beschäftigt sind. Die Großeinkaufsgesellschaft beschäftigt 254 Personen.

Von dem angegebenen Verkaufserlös entfallen zirka 207 Millionen (80 Proz.) auf die Konsumvereine, zirka 4 Millionen (1,5 Proz.) auf die Produktivgenossenschaften und 46 Mill. (18,5 Proz.) auf die Großeinkaufsgesellschaft. Von 642 741 Mitgliedern des Zentralverbandes resp. der angeschlossenen Genossenschaften, sind 484 395 gewerbliche Arbeiter, 50 013 selbständige Handwerker, 45 348 Rentiers usw. 29 555 Angehörige der freien Berufe und Beamte, 21 266 landwirtschaftliche Arbeiter und 12 164 selbständige Landwirte vorhanden. Die Zunahme ist bei allen Verufen etwa gleich stark, wenn sie auch bei den gewerblichen Arbeitern am stärksten ist; eine Ausnahme machen nur die freien Berufe und Beamten, die 1904 von 22 613 auf 30 122 gestiegen waren, im folgenden Jahre aber auf 27 965 zurückgingen und im letzten Jahre wieder bei 29 555 anlangten. Die Ursache dieser Schwankung dürfte nur in der behördlichen Bekämpfung der Konsumvereine in Preußen und Sachsen zu suchen sein. Der Zentralverband umfaßt 7 Unterverbände, sogen. Revisionsverbände, deren Entwicklung man im „Reichsarbeitsblatt“ nachlesen kann. Der Thüringer Verband zählt 181, der Süddeutsche 180 Vereine, der Rheinisch-Westfälische hat 72 Vereine, die übrigen liegen dazwischen. In den Revisionsverbänden befinden sich 43 Einkaufsvereinigungen. Die dem Zentralverband angeschlossenen 28 Produktivgenossenschaften bestanden aus 18 eigentlichen Produktivgenossenschaften, 4 Konsumentenproduktivgenossenschaften, 3 Bau- und Wohnungsgenossenschaften, und je 1 Vereinshäuser-, Konsumenten- und Produzentengenossenschaften. Bei der Großeinkaufsgesellschaft stieg die Zahl der Gesellschafter gegen das Vorjahr von 386 auf 448, das ist 16 Proz., der Umsatz stieg aber um 20 Proz. Er ist absolut größer als in einem der Vorjahre.

Der Neuwieder Kauffeisenverband zählte im letzten Jahre in 13 Verbänden 4657 Genossenschaften, davon sind 594 Betriebsgenossenschaften. Der Kauffeisenverband ist am 9. Februar 1905 eine Vereinigung mit dem Reichsverband ländlicher Genossenschaften eingegangen, die sich auf den Warenbezug ausdehnen soll. Von den 19 323 ländlichen Genossenschaften entfallen 10 615 auf Preußen, 3680 auf Bayern, 1346 auf Württemberg, 817 auf Baden, 714 auf Hessen, 534 auf Elsaß-Lothringen, 314 auf Sachsen, 242 auf Oldenburg, und auf Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin je 201. Der Rest verteilt sich auf die Kleinstaaten.

Bemerkenswert ist noch, daß in Gibeon (Deutsch-Südwestafrika) eine Spar- und Darlehnskasse und in Jerusalem der deutsche Weinbauverein sowie die Dampfmühlengenossenschaft und die Darlehnskasse der evangelischen Gemeinde Jaffa als Genossenschaften eingetragen sind.

Unter den gesamten ländlichen Genossenschaften befinden sich:

- 97 Zentralgenossenschaften
- 13 137 Spar- und Darlehnskassen
- 1 831 Bezugs- und Wozuggenossenschaften
- 2 822 Molkereigenossenschaften
- 1 436 sonstige Genossenschaften.

Da die Gesamtziffer 19 323 beträgt, so ergibt sich das Resultat, daß von den 23 700 eingetragenen Genossenschaften 82 Proz. ländliche sind. Der Gesamtumsatz der ländlichen Genossenschaften beträgt 4 Milliarden Mark. Dieser riesige Umsatz, der sich auf Waren, Maschinen, Geräte, Düngemittel, kurz, alle landwirtschaftlichen Bedürfnisse einschließlich Lebensmittel erstreckt, konnte mit nur 24 Millionen Mark eigenem Kapital erzielt werden. Diese Tatsache beweist aber, daß die Agrarier den Wert des Genossenschaftswesens für die Gestaltung ihrer Erwerbsverhältnisse erkannt haben.

Während bei dem Zentralverband deutscher Konsumvereine auf das einzelne Mitglied 331 Mark Umsatz entfallen, sind es bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften 2376 Mark. Ist auch zuzugeben, daß ein derartiger Umsatz für die meisten Arbeiter nicht möglich ist, so könnte doch bei gutem Willen eine erhebliche Steigerung des Umsatzes, insbesondere bei der Arbeiterschaft erreicht werden. Das Birgertum und die Bauern haben ihren Vorteil ganz anders erkannt. Geschicht dies von der Arbeiterschaft auch und unterstützen sie ihre Genossenschaften durch Zuwendung aller Einkäufe besser, dann ist eine Genossenschaft auch eher in der Lage, den berechtigten Wünschen der Angestellten entsprechen zu können. Debatten, wie sie darüber in Düsseldorf gehalten werden mußten, können dann unterbleiben, zum Besten der Genossenschaften, aber auch der organisierten Arbeiterschaft.

Die Frau in der Arbeiterbewegung.

Wie klassenbewußte Arbeiter die Frauenerwerbsarbeit bewerten.

Bei all den Nachteilen, welche die Frauenerwerbsarbeit für die einzelne Arbeiterfamilie, wie für die gesamte Arbeiterklasse mit sich bringt, ist es kein Wunder, wenn zunächst sich viele Gegner derselben in den Reihen der männlichen Arbeiterschaft fanden. Genau so, wie im Anfang die Anwendung der Maschinen von Arbeitern bekämpft ward, wurde auch die Frauenerwerbsarbeit bekämpft. Man übersah dabei, daß alle für die Arbeiterschaft damit verbundenen Nachteile, nicht mit der Frauenerwerbsarbeit verbunden sind — ebenso wie nicht mit der Anwendung der Maschinerie an sich — daß sie vielmehr bedingt sind durch ihre kapitalistische Anwendung und Ausbeutung; daß alle Nachteile verschwinden, ja mehr noch, sich in ihr Gegenteil verkehren, in einer sozialistischen Gesellschaft.

In einer Gesellschaft, wo die Produktionsmittel der Gesamtheit gehören, wo nicht produziert wird, um Profit zu erzielen, sondern wo produziert wird, um die Bedürfnisse der Gesamtheit durch die Arbeit der Gesamtheit zu befriedigen; wo also jede vorhandene und erwartete Arbeitskraft mehr zur Verkürzung des Arbeitsprozesses, sowie zur reichlicheren Erzeugung der Bedarfsartikel beitragen wird.

Ganz abgesehen davon, daß die Frauenerwerbsarbeit und die dadurch geschaffene, wirtschaftliche Unabhängigkeit des Weibes vom Manne, die objektive Vorbedingung der Befreiung der Frau aus ihrer bisherigen Knechtschaftstellung ist, muß schon die theoretische Erkenntnis des oben ange deuteten geschichtlichen Werdeganges uns veranlassen, nicht in den Ruf einzustimmen: „Zurück mit der Frau ins Haus!“ Vielmehr muß unsere Parole lauten: „Durch zum Sozialismus!“

Da aber von heute auf morgen dieses Ziel nicht zu erreichen ist, heißt es vor allem, zunächst in der Gegenwart die geschilderten Schäden möglichst zu beseitigen oder wenigstens zu mildern und gleichzeitig die Möglichkeit und die Vorbedingung ihrer gänzlichen Ueberwindung zu schaffen.

Zu dem Zwecke gilt es, die Frauen und Mädchen einzureihen in das große Heer der proletarischen Kampfkämpfer. Sinein in die Arbeiterbewegung! muß unsere Losung sein. In demselben Maße, in dem die weiblichen Arbeiter den Organisationen zugeführt, sie für die Ideen der Arbeiterbewegung gewonnen werden, in demselben Maße werden aus bisherigen Lohnbrüderinnen und Schmeißerinnen, zielklare Kampfgenosinnen.

Jede neue Kampfsgenosin aber stärkt die Macht und die Aktionsfähigkeit der organisierten Arbeiterschaft. Ihren Forderungen an das Unternehmertum können sie einen größeren Nachdruck geben und sie deshalb leichter durchsetzen. Sei es, daß sie gleichen Lohn für gleiche Arbeit fordern; gleichgültig, ob eine Frau oder ein Mann die Arbeit leistete; sei es, daß sie eine Erhöhung des Lohnes durchsetzen, eine Verkürzung der Arbeitszeit erringen wollen, oder sei es, daß sie Anerkennung der Organisation, Festlegung tariflicher Vereinbarungen usw. zu erzwingen genötigt sind. Die Erfüllung dieser Forderungen garantiert uns zunächst die Beseitigung einer Reihe übler Begleit- und Folgeerscheinungen der kapitalistisch ausgebeuteten Frauenerwerbsarbeit. Gleichzeitig aber macht sie die weiblichen Lohnsklaven dem Kapital gegenüber widerstandsfähiger und widerstandslustiger, so daß sie auch über die Erringung von Gegenwartsforderungen hinaus sich am Klassenkampf beteiligen werden, um dem Sozialismus eine Gasse zu bahnen, die Arbeit von der kapitalistischen Ausbeutung zu befreien.

Bedingt also zunächst die Frauenerwerbsarbeit einen höheren Grad der Ausbeutung für die Arbeiterschaft, so birgt sie gleichzeitig in sich bereits die Mittel zur Ueberwindung der Ausbeutung, indem sie die Millionen der erwerbstätigen Frauen aus der Enge des Hauses, des „Muschelputtelums“ hinausführt in das wirtschaftliche Getriebe der Industrie, des Verkehrswezens, des Handels usw., indem sie damit ihren Blick weitet, ihnen Einblick verschafft in die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens, sie zugänglicher und aufnahmefähiger für die Ideen der modernen Arbeiterbewegung macht.

An uns ist es nun, sie in immer größeren Scharen in diese Ideenwelt einzuführen, sie einzureihen in unsere Organisationen, um sie dann gegebenenfalls hinausführen zu können auf das große Schlachtfeld des proletarischen Klassenkampfes. Je größer in den einzelnen Branchen die Arbeitsteilung stattfindet und in je weiterem Maße diese Teilarbeiter weibliche sind, desto wichtiger ist es für die Gesamtarbeiterschaft, just die weiblichen Arbeiter von der Notwendigkeit der Beteiligung an der Arbeiterbewegung zu überzeugen, sie zu organisieren und zu disziplinieren, weil dann in zunehmendem Maße der Ausgang eines Kampfes und damit die Hebung der Lebenshaltung, der materiellen Verhältnisse, die Förderung der geistigen und intellektuellen Entwicklung der Gesamtarbeiter, vor allem auch des weiblichen Teiles, abhängig ist von dem Verhalten der letzteren.

Bei einer Vielzahl von Kämpfern, ist immer der Ausgang des Kampfes, der erhoffte Sieg, in der Hauptsache abhängig davon, ob jeder einzelne dieser Kämpfer unter allen Umständen zuverlässig ist. Ob er nicht nur Energie entwickelt, sondern auch Ausdauer und Beharrlichkeit im Kampfe zeigt. Beharrlichkeit und Ausdauer ist die Tapferkeit des industriellen Zeitalters. Und dazu muß jeder, vor allem aber, bei der zunehmenden Frauenerwerbsarbeit, der weibliche Teil der Arbeiterschaft, erzogen werden, sollen wir die Gewißheit haben, daß sie auch unter allen Umständen Solidarität üben.

Über nicht nur angesichts der Unentbehrlichkeit, welche die einzelnen weiblichen Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Teil- und Spezialarbeiter für den Produktionsprozeß gewonnen haben, ist es um so dringender notwendig, sie einzureihen in das Heer der Organisierten, sondern

vor allem auch mit Rücksicht auf ihre Zahl, auf die Masse der zu gewinnenden Kämpfer. Unorganisiert und ungeschult hängt diese Masse der weiblichen Arbeiterschaft gleich einem Bleigewicht an den Füssen der Klassenkämpfer. Organisiert und zielklar, bilden sie für sich schon ein stattliches Heer, gemeinsam mit ihren Arbeitsbrüdern aber eine gewaltige Macht.

Bei der zunehmenden Konzentration des Kapitals und angesichts der Aussperrungsgelüste der Unternehmer, heißt es um so mehr, die Massen der Ausgebeuteten, Männer und Frauen, ins Feld zu führen. Rücksichtslosigkeit und Brutalität der Unternehmer, so sehr sie dem einzelnen auch Wunden schlagen, helfen uns wieder vorzüglich bei unserer Aufklärungsarbeit, besonders auch unter der weiblichen Arbeiterschaft.

Der Kapitalismus gräbt eben selbst an seinem Grabe, indem er einmal die objektive Vorbedingung unseres endgültigen Sieges schafft, in der unablässig vorwärtstreibende wirtschaftlichen Entwicklung, von der die zunehmende Frauenerwerbsarbeit ein Beweis mehr ist. Zudem er ferner seine eigenen Totengräber schafft im Proletariat, wovon die weibliche Arbeiterschaft ein mächtiger Teil ist.

Aber der Kapitalismus unterstützt uns auch unbewußt und ungewollt bei unserer Arbeit, die subjektive Vorbedingung unserer endgültigen Befreiung zu schaffen: die Erkenntnis von der Gemeingefährlichkeit, Brutalität und Rücksichtslosigkeit des Kapitals den Massen zu vermitteln. Diese Erkenntnis gibt es vor allem den am schlimmsten Ausgebeuteten, den Frauen zu bringen und ihren Willen zu stärken, im Sinne dieser Erkenntnis zu wirken, dem Sozialismus entgegen. L. B.

Arbeitgeber als Klassenvertreter.

In dem offiziellen Organ der Vereinigung Berliner Lederwarenfabrikanten der „Deutschen Lederwarenindustrie“ wird in einem längeren Artikel von Herrn K. (Kümbiger, langjähriger Vertreter der Arbeitgeber?) eine „Kritik“ an den Verhältnissen der Ortskrankenkasse der Buchbinder in Berlin geübt, welche auch den Kreisen der Arbeitnehmer nicht vorzuziehen seien.

Als Grund dieser „Kritik“, aus welcher der Unwille der Arbeitgeber hervorleuchtet, ist ein Antrag des Vorstandes der Kasse zu betrachten, welcher sich mit der Aufbesserung des Krankengeldes befaßt und welcher der nächsten, im November stattfindenden Generalversammlung zur Genehmigung unterbreitet werden soll.

Durch die Lohnbewegung der Buchbinder in den Jahren 1903 und 1906 hat sich nämlich der Lohn derselben erheblich erhöht, so daß der zur Berechnung des Krankengeldes bestimmte durchschnittliche Tageslohn in keinem richtigen Verhältnis zum wirklichen Arbeitsverdienst der gelehrten und tarifmäßig bezahlten Arbeiter steht. Die letzte Festsetzung des Krankengeldes geschah am 21. April 1902 mit einem durchschnittlichen Tageslohn von 3,60 Mk., ist folglich sehr änderungsbedürftig. Deshalb beauftragt der Vorstand, nunmehr für solche Mitglieder, welche einen Arbeitsverdienst von 4,50 Mk. oder mehr erreichen, eine neue Klasse, die sogenannte A Klasse einzuführen, welche die Hälfte dieses Tageslohnes, also 2,25 Mk. oder wöchentlich 13,50 Mk. Krankengeld gewähren soll.

Natürlich müssen auch die Beiträge dementsprechend und zwar auf 4 Proz. des durchschnittlichen Tageslohnes, also wöchentlich auf 1,08 Mk. festgesetzt werden.

Diese 4 Proz. sind auch bisher bei allen übrigen Klassen der Kasse festgesetzt, es bleiben daher bei denselben die alten Sätze für Beitrag und Krankengeld bestehen und erfahren keine Änderung. Die Erhöhung des Beitrages beträgt demnach nur für die Versicherten der neuen A Klasse 14 Pf., für die Arbeitgeber 7 Pf. wöchentlich. Diese 7 Pf. Beitrag haben es Herrn K. und seinen Kollegen nun angetan, trotzdem es sich um ganz leistungsfähige Arbeiter, meistens Familienväter, handelt, für welche dieser kleine Betrag aufgebracht werden soll. Nachdem Herr K., „gewissenhaft wie immer“, zunächst konstatiert, daß die sozialpolitischen Gesetze dem Arbeitgeber „nicht unwesentliche Lasten“ auferlegt haben, die jedoch „in Anbetracht des gegenwärtigen Zweckes von ihnen bereitwillig getragen würden“, wird sogar das Recht der Selbstverwaltung anerkannt, welches er auch in Zukunft aufrecht erhalten wissen möchte. — Wie gnädig!

Dann entbedt Herr K. aber mit einem Male, daß die „Gegensätze der politischen Parteien in diese humanitären Einrichtungen eingebrungen sind, daß aber der Sieg den hier Stärkeren, den Arbeitnehmern, stets zufällt, weil dieselben über 2/3 der Stimmen verfügen.“

Herr K. will aber die Frage, ob die Verteilung der Stimmen 2/3 den Versicherten und 1/3 den Arbeitgebern gerecht sei, nicht erörtern, und weil den Arbeitnehmern neben den Pflichten auch Rechte und Leistungen der Kasse zustehen, den Arbeitgebern aber angeblich nur Pflichten auferlegt werden, läßt er die Frage offen, ob der Abstimmungsmodus gerecht sei. Es ist sicherlich ein Glück, daß Herr K. diese Frage nicht lösen will, er würde sonst wahrscheinlich herausgefunden haben, daß den Herren von „Witz und Bildung“ doch mindestens eine Art Vorkommenheit den Arbeitern gegenüber, auch im Kassenwesen gebühre, um sich den Beschlüssen der Generalversammlung entziehen zu können.

Aber hat denn der Arbeitgeber wirklich nur Pflichten gegen die Kasse und stehen keine Gegenleistungen dem gegenüber? Wenn ein Arbeitgeber einen Knecht oder ein Dienstmädchen mietet und dieselben erkrankt in seinem Dienste, so hat er für eine bestimmte Dauer sämtliche Aufkosten, welche aus der Krankheit erwachsen, zu tragen; ja, wenn ihm ein Karren Gaul oder ein Ziehband erkrankt, so hat er die Kosten zu tragen, aber bei dem „freien Arbeiter“ nimmt ihm die Kasse 2/3 der Aufkosten ab, welche der Arbeiter als Versicherter selbst zu tragen hat. Sollte man nicht erwarten können, daß die Arbeitgeber, die die Arbeitskraft des gesunden Menschen für ihren Nutzen voll und ganz in Anspruch nehmen, auch für ihn zu sorgen hätten, wenn die Anstrengungen und Gefahren der Arbeit ihn aufs Krankenlager werfen? Allerdings, für einen modernen Arbeitgeber sind dies naive Fragen, da kommt nur die Schaffung des Profits in Betracht. Des weiteren beklagt sich Herr K. über das Anwachsen der Beiträge, das namentlich durch das Anwachsen der weiblichen Mitgliederzahl entstanden sei. Wer stellt denn aber die vielen weiblichen Arbeitskräfte ein und vermehrt dadurch auch die Zahl der weiblichen Kassenmitglieder?

Das Unternehmertum braucht eben billige Arbeitskräfte und nimmt solche, wie und wo sie sich finden. Im Januar 1894 hatte die Kasse 2915, im Januar 1906 dagegen 7651 weibliche Mitglieder. Da die Arbeiterinnen aber nun einmal da sind und jeder Mensch ein Recht zum Leben hat, so gehört es sich auch gar nicht, wegen der paar Pfennige Krankentafelbeitrag darüber zu lamentieren.

Als Hauptgrund für die vielen Erkrankungen unter den weiblichen Mitgliedern, müssen doch wohl die niedrigen Löhne derselben betrachtet werden, durch die eine Unternahrung herbeigeführt wird, die viele Krankheiten im Gefolge hat, wobei noch oftmals dumpfige Arbeitsräume und lange anstrengende Arbeitszeit das Unheil vergrößern.

Dann kommt natürlich das alte Stedenpferd des Herrn K., die Beamtengehälter und Verwaltungsaufkosten an die Reihe, wobei ganz dreist den Lesern der „Deutschen Lederwarenindustrie“ vorgeredet wird, daß die Beamtengehälter über das Doppelte gestiegen und für die Kranken nichts übrig geblieben sei. Tatsächlich betragen aber nach dem Bericht des Statistischen Amtes der Stadt Berlin die Verwaltungskosten der Kasse im Jahre 1894 pro Kopf der Mitglieder 1,53 Mk., 1,22 Mk. pers., 0,31 Mk. sächliche Aufkosten; 1900, also nach 6 Jahren, betragen dieselben 1,73 Mk., 1,20 Mk. persönliche, 0,53 Mk. sächliche Aufkosten; 1905, nach der letzten amtlichen Statistik 1,98 Mk., 1,59 Mk. persönliche, 0,39 Mk. sächliche Aufkosten. Etwas mehr Wahrheitsliebe könnte man einem langjährigen Vertreter der Arbeitgeber im Vorstande wohl erwarten. Noch schlimmer stellt sich die Behauptung des Herrn K., wenn man die Statistik der sämtlichen Ausgaben der Kasse zugrunde legt. Danach entfallen auf je 100 Mk. Ausgaben für Verwaltungskosten persönlich und sächlich zusammen 1893 11,22; 1894 8,03; 1895 8,44; 1898 7,86; 1900 9,32; 1901 8,51; 1904 7,46; 1905 7,05 Proz.

Hierbei ist es interessant zu bemerken, daß je größer die Kasse wird und je größer die Einnahmen und Ausgaben werden, desto niedriger werden die prozentualen Ausgaben für Verwaltungszwecke. Es darf aber auch nicht außer Acht gelassen werden, daß die Kasse über ein ausgebildetes Beamtenpersonal verfügt, das durch meist langjährige Tätigkeit im Dienste der Kasse reiche Erfahrungen gesammelt hat und diese jetzt im Interesse der Kasse wieder verwenden kann.

Aber Herr K. sagt ja selbst, daß die Arbeitgeber der Kasse intolerant gegenüberstehen, man kann denselben deshalb schon etwas vorreden, ob die Sache stimmt oder nicht, wird ja nicht nachgeprüft und ist daher gleichgültig.

Sobann zeigt aber Herr K., daß er auch die Scharfmacherei, ähnlich dem Reichslügenverband,

geleitet hat, derselbe Herr, welcher noch vor gar nicht langer Zeit die Korrekte und unparteiische Leitung der Kasse nicht genug rühmen konnte. Zur Mitangewandlung für die Delegierten der Arbeitnehmer drucken wir den Satz wörtlich ab. Es heißt darin: „Wenn im Reichstage den Referenten des Herrn Dr. Mugdan, der seinerzeit ausführte, daß die sozialdemokratische Partei sich der Leitung der Krankenkassen bemächtigt habe, um ihre Agitatoren zu versorgen, so lebhaft widersprochen wurde, wäre es für die Gegner des Dr. Mugdan sehr interessant gewesen, dieser Versammlung als objektive Zuschauer beizuwohnen. Die meisten Arbeitnehmer-Delegierten waren gar nicht erschienen, aus Furcht, sich durch Ablehnung des Antrages parteipolitisch mißliebig zu machen, und die wenigen Arbeitnehmer, die unerhört ihrer Meinung Ausdruck gaben, konnten, mit den in geringer Zahl erschienenen Arbeitgebern, den Antrag nicht zu Fall bringen, obwohl nur wenige Stimmen fehlten und der beabsichtigte Antrag auf geheime Abstimmung durch Schluß, der Niederliste verhindert wurde.“

Hier handelt es sich um die letzte Generalversammlung der Kasse im April d. J., in welcher die Anstellungsbedingungen der Kassenbeamten beschlossen wurden. Zu dieser Versammlung waren erschienen 51 Arbeitgeber-Delegierte und 95 Arbeitnehmer-Delegierte, während die vorletzte nur 16 Arbeitgeber und 105 Arbeitnehmer aufwies. Die Abstimmung ergab 79 Stimmen für und 68 Stimmen gegen den Antrag des Vorstandes. Die Arbeitgeber waren also nicht in geringer Zahl, sondern in einer Stärke wie nie zuvor erschienen; trotzdem behauptet Herr K. das Gegenteil. Der Zweck ist leicht zu erkennen, man will schon jetzt Stimmung gegen den Antrag des Vorstandes, bezüglich Einrichtung der neuen A Klasse, machen. Die Gründe gegen diesen Antrag, welche sodann von Herrn K. noch vorgebracht werden, sind so hinfällig, daß es sich kaum lohnt, noch weiter darauf einzugehen, sie werden in der Versammlung ihre Abfertigung erhalten. Es sind hauptsächlich drei Punkte, welche angeführt werden und welche wir noch zur Kenntnisnahme mitteilen. Erstens, wenn mehr Krankengeld gezahlt würde, feige der Krankenstand höher, zweitens könnten diejenigen, welche sich höher versichern wollten, in die Strafklasse eintreten, welche zwar nicht sozialdemokratisch geleitet würde, sonst aber sehr gut sei, und drittens könnten die Lederwarenfabrikanten veranlaßt werden, in die Sattlerkasse einzutreten.

Mit der Meise des wohlwollenden Wiedermannes wird dann noch gesagt: „So winstendürrt es auch ist, die Lage der Kranken nach Möglichkeit zu verbessern, möchten wir uns doch gegen diese neue Belastung wenden.“ Dieses Sträuben wegen 7 Pf. wöchentlichem Mehrausgaben für die besten Arbeiter, denn andere kommen nicht in Betracht, wird uns von neuem beweisen, wie der gute Wille beschaffen ist, sobald Aufbesserungen für die Arbeiter verlangt werden.

Was jetzt wurde jede derartige Vorlage seitens der Arbeitgeber, zwar mit großem Bedauern, aber ganz glatt abgelehnt und noch obendrein durch Proteste und Beschwerden bei der Aufsichtsbehörde die Sache zu vereiteln versucht. Wir haben uns natürlich niemals daran gekehrt und unser Bestreben wird auch diesmal hoffentlich von Erfolg gekrönt sein. Sache der Arbeitnehmer-Delegierten ist es aber, in dieser wichtigen und jedenfalls hoch interessanten Generalversammlung am Plage zu sein und für den Antrag des Vorstandes einzutreten.

W e r n h. S o s t.

Leipziger Brief.

Geschäftsgang oberfaul, Arbeitsloje in genügender Zahl, verkürzte Arbeitszeit und tageweises Aussehen in vielen Geschäften an der Tagesordnung — das ist die Signatur unserer Zeit seit Wochen und Monaten, und selbst jetzt, am Anfang der sogenannten „goldenen“ Zeit, hat sich noch nicht das geringste daran geändert. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird auch in den kommenden Monaten nur mit einem sehr mäßigen Geschäftsgang zu rechnen sein.

Zureisende Kollegen, denen diese Vitanei ohne Ermüdung tagaus, tagein erzählt wird, schütteln verunndert den Kopf, es leuchtet ihnen nicht ein, daß dem so sein soll. Sie haben ihre Schritte nach Leipzig gelenkt, in der Hoffnung, hier goldene Berge zu finden, sie haben gehofft, hier arbeiten zu können, Leipziger Verhältnisse kennen zu lernen und schließlich auch in dem Glauben gelebt, Gelegenheit zu haben, sich im Verufe auszubilden bezw. fortbilden zu können. O diese Leichtgläubigen! Ihre Hoffnung wird zerschanden werden. Wer aber unter einem guten Stern geboren, wem Fortuna hold ist, dem mag es ja vergönnt sein, seinen Gergenswunsch — hier Arbeit zu finden — in Erfüllung gehen zu sehen. Aber nach Weihnachten, wenn die Werk-

stufen „ausgemittelt“ werden — wie der Kunstausdruck bei manchem Werkführer lautet — blüht ihnen erneute Arbeitslosigkeit und läßt reichlich Zeit, über Freuden und Leiden eines Buchbindergehilfen in Leipzig nachzudenken. Arbeitsgelegenheit, goldene Berge in Gestalt guten Lohnes und Fortbildung im Berufe, ja, wer sucht das noch in Leipzig?

Arbeitsgelegenheit bei der fortschreitenden Vereinfachung des Einbandes, der großartigen Entwicklung der maschinellen Technik, der modernen Geschäftsausrichtung und der Umwandlung von Buchbindereien in „Einlegegeschäfte“? Wie viele Buchbindereien gibt es noch, in denen ein gutes Buch gebunden wird? Wo sind die Zeiten, in denen die gefalzten Bogen noch die Walze passierten? Wo findet man noch eine Abpreßmaschine in längerer Benutzung? Wo kennt man noch Kapitalband und Hülsenmachen, wo ein solid gebundenes Buch? Abgesehen von einer geringen Anzahl Firmen und abgesehen von einzelnen besseren Arbeiten — Namschware und nichts als Namschware. Die Konkurrenz zwingt billig zu kalkulieren und ist Veranlassung, daß Bücher in schundmäßigem Einband auf den Markt gebracht werden. Und nicht nur die Konkurrenz der Provinzbuchbindereien trägt an solchen, den ganzen Beruf schädigenden Mißverhältnissen schuld — nein, die Großbuchbindereien in Leipzig selbst sind es, die sich gegenseitig unterbieten und Bücher zu Preisen binden, daß nur bei Benutzung geringsten Materials und schlechtesten Arbeitsweise ein Verdienst herauszuklagen ist. Es sind dieselben Buchbindereien, deren Vorgesetzter im Verband deutscher Buchbindervereinigter vereinigt sind, von welchen Herr Kommissionsrat Frischie im Vorjahr mit dem Brusttor innerer Ueberzeugung sagte: „Meine Herren! Unsere Organisation ist innerlich so gefestigt, daß sie Gewähr bieten kann, daß alles was hier beschlossenen, auf das strikteste zur Durchführung gebracht wird.“

Nun, wir meinen, daß sich der Verband deutscher Buchbindervereinigter ein großes Verdienst um den ganzen Beruf erwerben konnte, wenn er seine innere Festigung dazu benutzte hätte, eine Regelung der Konkurrenzverhältnisse in die Bahnen zu leiten. Aber nichts von alledem. Noch heute suchen die Werkführer in den verschiedensten Betrieben die Kollegen damit zu machen, daß sie sagen, diese oder jene Arbeit muß ganz besonders billig gemacht werden, sonst laufen wir Gefahr, die Arbeit einzubüßen, weil dieselbe bei — hier folgt gewöhnlich der Name irgendeiner Firma — viel billiger gemacht wird. Wenn man, wie wir, fast tagtäglich Gelegenheit hat, dieses Lamento zu hören, und wenn man beachtlich, daß fast keine Werkstube von dem Verdacht verschont bleibt, ganz besonders billig, auf Kosten des Arbeitslohnes oder der soliden Herstellungsweise, zu kalkulieren, so möchte man zu der Ueberzeugung kommen, daß vieles eitel Klunterei ist, wüßte man nicht gar zu gut, daß manches faul ist im Staate Dänemark. Wir behaupten also, daß vor allem die Konkurrenz in den Tarifstädten und insonderem in Leipzig, in gesündere Bahnen gelenkt werden muß, um zu verhüten, daß unser Gewerbe immer mehr und mehr auf eine Stufe sinkt, auf der weder für den Unternehmer lohnender Gewinn, noch für den Arbeiter guter Verdienst erzielt werden kann. Es muß wieder mehr Wert auf eine solide Arbeit gelegt werden, das Publikum oder die Interessenten sind darüber aufzuklären, daß für wenige Pfennige mehr ein Buch geliefert werden kann, daß selbst bei täglichem Gebrauch sich noch nach langer Zeit dauerhaft erweist und sich eines guten Aussehens erfreut, während die eingelezten „Gurken“ schon meist nach wenigen Tagen ohne äußeres Dazutun aus der Decke fallen, so daß man beides sein äußerlich für sich aufheben kann. Ja, noch mehr, eine solidere Arbeit wird möglich sein ohne den Preis des Buches zu verteuern, da der Einband des Buches schon jetzt vom Publikum unterhältnismäßig höher bezahlt werden muß, als die Summe beträgt, die dem Buchbinder für denselben gezahlt wird. Letzterer arbeitet also mit seiner fortgesetzten Preisdrückerei nur für den Buchhändler und kommt selbst auf den Hund dabei. Wenn die Festigung des Buchbindervereinigterverbandes nicht nur so lange dauert als wir ihm die Hölle heiß machen, wäre hier ein Feld, auf dem im Interesse des ganzen Gewerbes viel geleistet werden könnte.

Ohne in der Einbildung zu leben, dieses Kapitel in erschöpfender Weise behandelt zu haben, glauben wir doch einige Aufklärung darüber gegeben zu haben, welchem Umstand es hauptsächlich zuzuschreiben ist, daß das Gewerbe in Leipzig so daniederliegt.

Es ist selbstverständlich, daß bei dem Ueberhandnehmen solch geringer Arbeit, auch von einem Fortbilden junger Kollegen keine Rede sein kann,

*) Wir werden uns gelegentlich den Späß machen, ein Verzeichnis von Büchern, deren Bogenzahl, Verlag usw. zu veröffentlichen, die jetzt „eingelezt“ werden!

die solches von ihrer Leipziger Tätigkeit erwarteten. „Massenmord“ billig, billig ist die Lösung. Wenn's auch nichts taugt, die Hauptsache ist billig. Nun bleiben noch die „goldenen“ Berge übrig, die hier erarbeitet werden können. Um diese mit kurzen Worten abzutun, dazu ist die Sache zu wichtig, wenn sie jedoch richtig gewertet werden soll, überflüssig es den Rahmen unseres Briefes. Wir werden deshalb dieser Angelegenheit in einiger Zeit ein besonderes Kapitel widmen und dies um so lieber, als in einigen Tagen eine Statistik über die Lohnverhältnisse zum Abschluß kommt und von uns in Bearbeitung genommen wird, die recht interessante Zahlen zur allgemeinen Kenntnis bringen wird, wenn unsere verehrten Kollegen und Kolleginnen unseren Wunsch erfüllt und ihre wöchentlichen Aufzeichnungen mit der nötigen Genauigkeit gemacht haben.

Zur drastischen Beleuchtung unserer Verhältnisse mag einstweilen folgender Fall dienen: „In der Werkstube Wever ist einem fremden Kollegen, der einige Tage zur Aushilfe dort beschäftigt war, ein Stundenlohn von 30 Pf. gezahlt worden. Auf unsere Aufforderung ging der Leidtragende zum Gewerbegericht und klagte auf Zahlung des Minimallohnes. Nach den Aussagen des Betroffenen hat dort Herr Sperling als Sachverständiger erklärt, daß der Tarif für kleine Werkstuben keine Gültigkeit habe, weshalb dann der Kläger nur 40 Pf. Stundenlohn zugesprochen erhielt. Wir finden eine solche Bestimmung im Tarife nicht und sind im übrigen der Meinung, daß dem Gewerbe ein schlechter Dienst erwiesen wird, wenn solchen „Buchbinderbeihilfen“, die nur auf Grund jämmerlichster Löhne ihr Dasein fristen und konkurrenzfähig bleiben, solche Unterstützung zuteil wird. Würde übrigens der Kläger nicht versumt haben, uns von dem Stattfinden des Termins Mitteilung zu machen, hätten wir jeder Gelegenheit genommen, uns demselben als Rechtsbeistand zur Verfügung zu stellen und würden uns Herrn Sperling die Frage vorlegen erlaubt haben, aus welcher Tarifposition eine solche Ansicht herausdestilliert werden kann. Wenn also der Kläger nicht zu seinem Rechte kam, mag er sich bei Herrn Sperling bedanken.“

Salten wir am Anfang unseres Briefes Ursache, über mangelnde Beschäftigung zu klagen, so ist es doch bezeichnend, daß die Gehilfen davon am härtesten betroffen sind, während die Arbeiterinnen, namentlich Falzerinnen, selbst in den schlechtesten Geschäftsmonaten eine gesuchte Arbeitskraft bildeten. Damit ist diesen eine Macht gegeben, mit welcher bei richtiger Anwendung wesentliche Vorteile in bezug auf Tarifbezahlung erlangen werden können. Die Falzerinnen haben z. B. bei Fikentscher durchaus nicht nötig, sich einem Herrn Red willig zu fügen, wenn derselbe für gut befindet, Tarifpositionen nach seinem Ermessen auszuliegen. Sie können ruhig bei besonders schlecht zu fallenden Bogen eine höhere Entlohnung fordern. Der Tarif ist ein Minimaltarif, er läßt das Recht offen, bei schwierigeren Arbeiten entsprechende Preiserhöhung zu fordern. Unter den Arbeiterinnen muß nur etwas mehr Einigkeit klug greifen, sie müssen jederzeit geschlossen dastehen, dann wird es auch Herr Wödel aus der Firma Enders nicht mehr wagen, in einer Werkstubenversammlung zu sagen: „Ich bedauere nur, daß es mir nicht möglich ist, Ordnungstrafen in Höhe von 3 Mk. in Abzug zu bringen.“ Zu dem größten Leidwesen dieses „Werkführers“ muß er sich mit 50 Pf. begnügen. Er macht dabon sehr ausgiebigen Gebrauch und verhängte erst kürzlich wieder über 15 Arbeiterinnen diese Strafe, ohne auch nur den Schatten eines Beweises dafür erbringen zu können, ob alle bestrafte Arbeiterinnen schuldig waren an dem verhältnismäßig geringfügigen Fehler, der unterlaufen war. Schade nur, daß die Arbeiterinnen die Strafe ruhig hingenommen haben. Hier konnte durch Gewerbegerichtsurteil wieder einmal ein Exempel statuiert werden, um dem Herrn zu zeigen, daß es nicht anständig ist, bei Festsetzung von Strafen ganz nach Belieben zu schalten und zu walten. An die Arbeiterinnen aber möchten wir das Ersuchen richten: „Laßt Euch eine solche Behandlung nicht gefallen, protestiert dagegen und schreut auch nicht davor zurück, solchen Werkführern Gelegenheit zu geben, ihre Arbeiten selbst zu machen. Wir werden dann sehen, wo die Helben bleiben. Der Arbeitsmarkt liegt für Falzerinnen günstig, benutze diesen Vorteil und erzwingt gerechte Behandlung und, wo nötig, auch tarifliche Bezahlung.“

Unser Tariffschiedsgericht ist eine schöne Einrichtung, aber wehe dem, der es anruft. In vorgenannter Firma sah sich eine Anzahl Presser veranlaßt, bestehende Differenzen durch Schiedsgerichtsurteil entscheiden zu lassen. Die Fragen waren prinzipieller Natur und bilden schon seit Jahren Streitpunkte zwischen den Geschäftsleitungen und Gehilfen in den verschiedensten Werkstuben. Es wäre deshalb sehr gut gewesen, eine Entscheidung unter Zugrundelegung des neuen Tarifes herbei-

zuführen. Und das um so mehr, als Herr Enders selbst schon oft erklärte, daß es ihm nicht auf die paar Pfennige ankomme, daß ihm nur daran liege, eine prinzipielle Entscheidung durch Schiedsgericht oder Tarifamt herbeizuführen. Aber gefehlt! Die Firma ließ es nicht zur Frage kommen, sondern ließ uns mitteilen, daß sie des geringfügigen Objektes halber zu zahlen bereit sei. Aber auch dieser Ausgang konnte uns recht sein; doch schon am anderen Tage bekam das Bild eine andere Färbung, als einer der Kläger zum Aussehen beurteilt wurde. Am darauffolgenden Arbeitstage dieselbe Geschichte, trotzdem es möglich gewesen wäre, Arbeit zu erhalten und dies so fort, bis dem Sünder auf entschiedenes Vorfelligwerden mit dünnen Worten erklärt wurde, daß er seines Weges ziehen könne. So haben wir uns das Walten der Nemesis nicht vorgestellt. Maßregelungen wegen Anrufen des Tariffschiedsgerichts — doch nein, Entlassung wegen Unehrlichkeit heißt es heute, schade nur, daß diese Beschuldigung vorher in aller Form als nicht zutreffend dem Kläger gegenüber bezeichnet wurde.

Auch in der Firma Fikentscher beliebt man Entlassungen aus recht sonderbaren Gründen vorzunehmen. Dort wurde ein Kollege wegen „Arbeitsmangel“ entlassen, obwohl für denselben selbst in den schlechtesten Sommermonaten ausreichende Beschäftigung vorhanden war. Wenn nun Herr Fikentscher erklärt, daß er während der schlechten Geschäftszeit prinzipiell niemand entlasse, so ist dieser Ausspruch aller Ehre wert, jedoch die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Nach unserer Ansicht liegt Maßregelung vor, die mit der laut Vertrag vom 27. Juli 1906 gewährten ausdrücklichen Anerkennung der Organisation in Widerspruch steht.

Und nun zum Schluß noch einige allgemeine Ausführungen. Oft, sehr oft, haben wir in öffentlichen und Werkstubenversammlungen, in Zirkularen und in unseren „Mitteilungen“ darum erjucht, alle Tariffdurchrechnungen auf dem Bureau zu melden. Nur wenn wir von allem in Kenntnis gesetzt werden, ist es uns möglich, entsprechende Gegenmaßnahmen einzuleiten. Trotzdem gelangen solche Nachrichten nur in unvollkommenem Maße zu unserer Kenntnis. Daraus zu schließen, müssen die Tarifverhältnisse in den einzelnen Werkstuben zufriedenstellende sein — allein wir halten auch in diesem Falle dafür, daß in dieser Beziehung noch manches zu wünschen übrig bleibt. Deshalb verfehlen wir nicht, auch in diesen Briefe das wiederholte Ersuchen an unsere Kollegen und Kolleginnen zu richten, uns in dieser Beziehung zu unterstützen. Im Interesse einer gesunden Weiterentwicklung des Tarifes ist es geboten, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß unser jetziger Tarif, um den heiße Kämpfe geführt sind, auf das genaueste zur Durchführung gelangt. Es genügt nicht, wenn die Faust in der Tasche geballt wird, es genügt auch nicht, wenn im vertrauten Werkstuben- und Stammtischkreise über schlechte Tarifbezahlung geklagt wird, noch weniger aber genügt es, wenn die Kollegen mit ihren Beschwerden erst dann zu uns kommen, wenn sie der Werkstube den Rücken gekehrt haben.

„Was du tun willst, tue hab“, heißt es hier. Wir sind gern bereit, unsere Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen, wir tun unsere Pflicht — tut Ihr die Eure!

Lohnbewegung in Ungarn.

In Ungarn scheint die Tarifbewegung der dortigen Kollegen einen günstigen Verlauf zu nehmen.

Die Verhandlungen mit den Prinzipalen begannen am 2. September, wurden aber seitens der Prinzipale deart in die Länge gezogen, daß es den Anschein erweckte, als sollten die Verhandlungen die günstige Geschäftszeit überdauern, um dann den Abschluß in einem für die Prinzipale günstigen Sinne herbeizuführen zu können.

Während der ersten zwei Wochen wurden die Verhandlungen lediglich mit allgemeinen Angelegenheiten ausgefüllt, als da sind: Anerkennung der Vertrauensleute bezw. der Organisation, Regelung der Heimarbeit, Freigabe des 1. Mai, vierzehntägige Kündigungsfrist und Bezahlung der Feiertage, während die eigentlichen Hauptpunkte: Einführung der 8½stündigen Arbeitszeit, Erhöhung des Minimallohnes, Lohnzulage für alle, die den Minimallohn bereits haben, und Aufstellung eines Akkordtarifes, noch gar nicht zur Beratung gelangten.

Schließlich erklärten die Arbeitgeber, daß sie in eine Beratung aller dieser Punkte nur dann eintraten würden, wenn die Arbeiterchaft in den Abschluß eines fünfjährigen Tarifes einwilligen werde.

Angeichts dieses Ultimatus wurden die Verhandlungen seitens der Vertreter der Kollegenschaft abgebrochen, weil sie auf eine fünfjährige Vertragsdauer unter keinen Umständen eingehen zu dürfen.

In einer am 25. September in Budapest stattgehabten öffentlichen Versammlung erstattete die Kommission der Arbeiterschaft Bericht über den Verlauf der Verhandlungen. Alle Redner waren sich darin einig, daß der Verschleppungsakt der Unternehmer energisch entgegengetreten und an den aufgestellten Forderungen unter allen Umständen festgehalten werden müsse.

Nach lebhafter Debatte gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die Versammlung beauftragt die Kommission, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern wieder aufzunehmen und so zu fördern, daß zum 1. Oktober eine endgültige Entscheidung vorliegt.“

Durch das Ergebnis der bisherigen Verhandlungen ist die Kollegenschaft in keiner Weise befreit, sie hält vielmehr fest an der 8½stündigen Arbeitszeit, Bezahlung der Feiertage und mindestens 5 Proz. Zuschlag für alle diejenigen, die den Minimallohn bereits bekommen.“

Auf Grund dieser Resolution wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen und scheint die Einmütigkeit und Entschlossenheit, die in der Versammlungutage trat, Eindruck auf die Prinzipale gemacht zu haben. Angesichts der Tatsache, daß die Kollegenschaft zu 97 Proz. organisiert und zur Durchführung ihrer Forderungen fest entschlossen ist, haben die Herren Arbeitgeber sich zu schnellerer Förderung und zu annehmbaren Zugeständnissen bereit finden lassen.

Die Minimallöhne sind in der von der Arbeiterschaft geforderten Höhe anerkannt. Alle Arbeiter, die den Minimallohn bereits haben, bekommen eine Zulage von 2 Kronen, Arbeiterinnen eine solche von 1 Krone. Sämtliche Feiertage werden bezahlt.

Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden pro Tag, einschließlich einer Frühstücks- und einer Vesperpause.

Der 1. Mai ist als Feiertag freigegeben.

Die Vertragsdauer ist auf drei Jahre festgesetzt. Die Beratung über den Affordiarist steht noch aus, jedoch dürfte auch hierüber eine Einigung erzielt werden, so daß man wohl mit einem friedlichen Verlauf der Lohnbewegung rechnen kann.

Zimmerhin müssen die Kollegen noch auf der Hut sein, bis ein Ergebnis der Verhandlungen über den Affordiarist und damit ein endgültiger Abschluß der Lohnbewegung erzielt ist.

B u d a p e s t ist für Buchbinder bis auf weiteres gesperrt. D. R.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind: Annaberg-Buchholz, Eisenberg, Rassel, ferner Dresden (für Arbeiter und Arbeiterinnen der Plakatbranche), Berlin (Stuisarbeiter) und Oberlein a. d. N. (Metallwarenfabrik Gebr. Schmidt).

Oesterreich: In einigen Städten Nordböhmens ist eine Lohnbewegung in Vorbereitung und wird darum ersucht, Zuzug nach diesem Teile für die nächste Zeit möglichst hintanzuhalten. **Gesperrt sind:** Klagenfurt (Kärnten) und Reichenbach (Böhmen).

In Ungarn (Budapest) sind die Verhandlungen über den neuen Lohnsatz im Gange und ist daher bis auf weiteres jeder Zuzug dahin strengstens zu verhindern. Budapest ist gesperrt.

Schweiz: **Gesperrt sind:** Basel, Bern, sowie die Firma C. Wucher, Buchdruckerei in Luzern.

Norwegen: **Gesperrt ist** Trondheim.

In Rassel haben neuerdings einige Buchdruckereien die Forderungen der Kollegen bewilligt. Im übrigen dauert der Streik unverändert an.

In Eisenberg sind die Stuisarbeiter, nachdem während der Kündigungszeit eine Einigung nicht erzielt wurde, am Montag in den Streik eingetreten.

Annaberg-Buchholz. Zu einer großen Sympathie- und Umgebung für die Ausgesperrten der Prägeanstalten gestaltete sich die am Ort bis jetzt einzig dastehende öffentliche Versammlung der in Kartonnagen- und Kartonfabriken, Buchbindereien und Prägeanstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche am Sonnabend, den 28. September, im „Deutschen Kaiser“ in Buchholz tagte.

Rund 800 Kollegen und Kolleginnen waren erschienen, um sich über den Stand der Prägerei- arbeiterausperrung zu orientieren. Auch hatten wir die betreffenden Prinzipale eingeladen; diese zogen es aber vor, sich mit den Berichten zu

begnügen, welche ihnen ihre getreuen Knappen in oft recht verdrehter Form überbringen.

Kollege Pfüge referierte über den Stand der Ausperrung. Am 22. September hat die Firma Gutberlet nicht weniger als 3 Stunden mit einer von der Firma selbst genährten Kommission verhandelt, doch bliesen unsere Kollegen fest, und wenn noch zehn Missionen verlangt werden, alle werden der Firma erklären, daß das Koalitionsrecht gesetzlich jedem Arbeiter zusteht und auch von allen hochgehalten wird.

Herr Stadtrat Dr. Bunde-Annaberg war von den Ausgesperrten um Vermittlung angegangen worden und hatte auch bereitwilligst seine Mitwirkung zugesagt, doch Herr Gutberlet wollte nichts vom Unterhandeln wissen. Herr Bürgermeister Rudolph-Buchholz hatte sich ebenfalls zur Vermittlung bereit erklärt, aber auch die Herren Kunze u. Co. wollen in keinem Falle mit irgendeiner Organisation in Verhandlungen eintreten, sondern wollen nur mit ihren Arbeitern selbst verhandeln, und nur dann, wenn diese dem Deutschen Buchbinderverband den Rücken kehren, sich zur Aufhebung der Ausperrung bequemen.

Kollege Pfüge erklärte, daß wir zwar auch heimlich dem Verband angehören könnten, ähnlich den Buchdruckern in den 90er Jahren, doch nützt uns sowie den Arbeitgebern diese Heuchelei auch nichts, und so gut diese Herren untereinander auf Manneswort verpflichtet sind, genau so hätten auch wir organisierte Kollegen und Kolleginnen unsere ganze Ehre darin zu erblicken, das dem Verbands gegebene Wort zu halten.

Wohl lamentierte Herr Gutberlet schon jetzt über 20 000 Mk. Schaden, doch darauf kommt es in diesem Falle anscheinend nicht an. Die Gewerkschaften haben aber ebenfalls schon bewiesen, daß sie den Herren auch hier im Erzgebirge derartige Kraftproben berechnen werden; auch bei uns sind bei solchen Gelegenheiten schon erkleckliche Summen gepöfft worden und niemals umsonst.

Insbondere gehen die Herren mit Verdrehungen und Bekittelungen des Verbandsstatuts treiben, und bei den Unterstühtungen liegt ihnen das „kann gezahlt werden“ ganz besonders im Magen; doch wissen alle Kollegen sehr wohl, daß deswegen noch niemand um seine Unterstühtung gekommen ist und nur aus geistlichen Motiven zu diesem Worte gegriffen werden mußte.

Es wurden dann noch die bis jetzt erschienenen Klausierer etwas mehr unter die Lupe genommen. Man verschreibt sich überallher solche Leute, doch wenn wir ihnen einige Aufklärung geben, verduften sie meistens von selbst, wie wir in vielen Fällen beobachten konnten. Wochenslöhne von 18—24 Mk. bietet man aus, doch auch dies zieht nicht. Andererseits braucht man aber nur die Arbeit in den Prägereien zu kennen und die schwierigen Hände dieser Arbeiter gesehen zu haben, um zu begreifen, daß man uns zum Lachen bringt, wenn heute für leichte Arbeit 18—24 Mk. in großen Annoncen ausgetrieben werden.

Alle Kollegen und Kolleginnen werden fest zur Fahne halten, denn jeder, der umfällt, wird doch von den Herren Kapitalsproben als Waschlappe angesehen werden. Wir müssen zeigen, daß in unseren Reihen Kämpfer stehen, die jederzeit die Verbandsinteressen hochhalten werden; und sollte auch wahr gemacht werden, was die „Obererzgebirgische Zeitung“ unlängst schrieb: „Daß die erzgebirgischen Arbeiter auch einmal in die Lage kommen könnten, ein Weihnachtsermittlung zu erleben.“

Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen des Referenten, und nachdem sich noch verschiedene Kollegen über die Lage der Ausperrung ausgesprochen und ebenfalls zum Ausharren ermahnt hatten, wurde folgende Resolution fast einstimmig angenommen:

„Die heute, am 28. September 1907, im Hotel „Deutscher Kaiser“ tagende öffentliche Versammlung aller in Kartonnagen- und Kartonbetrieben, Buchbindereien und Prägeanstalten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt von den Ausführungen des Kollegen Pfüge Kenntnis, der in ausführlicher Weise die Gründe, welche zur Ausperrung geführt haben, geschildert hat.“

Die Anwesenden sind der Ueberzeugung, daß die Arbeiterschaft der Firmen G. W. Gutberlet und A. E. Kunze u. Co. alles getan hat, um in gutem Einverständnis mit den Arbeitgebern auszukommen. Es ist lediglich der Handlungsweise der Unternehmer zuzuschreiben, daß ihr der Geduldsfaden riß, indem von seiten der Unternehmer das den Arbeitern gesetzlich zuerkanntes Koalitionsrecht mit Füßen getreten wurde. Sie bedauern, daß die Herren Prinzipale es nicht für nötig halten über diesen Punkt mit der Arbeiterschaft zu verhandeln; um aber keinen Weg unberührt zu lassen, beauftragen die Versammelten die Geschäftskommission bezw. die Zeitung, neue Verhandlungen anzubahnen.

Weiter verpflichten sich die Kollegen von F. O. Brauer sowie aller Betriebe, jegliche Streikarbeit strikte abzuweichen und, soweit dies noch nicht geschehen, sich der Organisation anzuschließen.“

Sobann wurde die Tarifbewegung in den Buchbindereien und Kartonbetrieben zur Verhandlung gestellt und ist hierzu zu bemerken, daß einige Firmen bewilligt haben, die Arbeiter einiger Firmen schon im Streik stehen und ein letzter Teil noch in Kündigung arbeitet. Was übrigens die Firma Rößig-Annaberg den Arbeitern bewilligt hat, wurde als zu wenig bezeichnet, da sie für Zuschneider ganze 28 Pf., für Buchbinder 26 Pf., für Partieführer 21 Pf. und, o heilige Einfalt erschrecke nicht, 19 bis 20 Pf. pro Stunde für Hilfsarbeiter zahlen will, und außerdem soll nach Leistung gezahlt werden.

Vorgedrückt Zeit halber wurde von erschöpfender Debatte Abstand genommen und die Angelegenheit vertagt bis von sämtlichen Betrieben die Resultate vorliegen.

Kollege Welter schloß darauf die, bis dato am stärksten besuchte Versammlung mit der Aufforderung an die 180 ausgesperrten Prägereiarbeiter, sich nichts zuschulden kommen zu lassen. Allen Anwesenden legte er ans Herz, die Streikposten nicht durch Annahmung Neugieriger belästigen zu lassen und dies allen Bekannten und Freunden mitzuteilen.

Annaberg-Buchholz. Eine öffentliche Versammlung der Kartonarbeiter und Buchbinder fand im Restaurant „St. Privat“ statt. Unser Gauleiter Kollege Pfüge referierte in eingehender Weise über unsere Tarifbewegung. Danach gibt es für die Kollegen kein Zurück mehr in dieser Angelegenheit, da die meisten Prinzipale auf unsere Forderung nicht eingehen wollen, trotzdem die beiderseitigen Kommissionen den Tarif ausgearbeitet resp. angenommen hatten.

Es wurde durch Namensaufruf festgestellt, welche Werkstuben vertreten sind und welche in den Ausstand zu treten gezwungen sind. Es haben vier Betriebe die Forderungen bewilligt, während die übrigen zirka 12 Betriebe die Abmachungen der beiderseitigen Kommissionen nicht anerkennen wollen.

Auf Vorschlag des Kollegen Pfüge wurde beschlossen, in allen Betrieben, die die Forderungen nicht bewilligten, nach Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit niederzulegen, und haben sich die Kollegen, die Freitag die Arbeit niederlegen, am Sonnabend früh 8 Uhr, und die Sonnabend aufhören, Montag früh 8 Uhr im Wettiner Hof zu Buchholz einzufinden, wo dann noch Versprechungen stattfinden.

Kollege Pfüge ermahnte die Kollegenschaft, fest zusammenzuhalten und sich in keiner Weise probieren zu lassen, was vielleicht polizeiliche Maßnahmen zur Folge haben könnte.

Nachschrift: Nachträglich erfahren wir noch, daß in 14 Betrieben 38 Kollegen in den Ausstand getreten sind, während in 5 Betrieben mit 29 Beschäftigten die Forderungen bewilligt wurden.

Annaberg-Buchholz. Situationsbericht von der Ausperrung der Prägereiarbeiter. Am Sonnabend, den 5. Oktober, fand nachmittags eine Versammlung der Ausgesperrten im „Deutschen Kaiser“ statt. Gauleiter Kollege Pfüge referierte über den Stand der Ausperrung.

Auch die in der Kartonbranche und in den Buchbindereien beschäftigten Kollegen sind inzwischen in den Streik eingetreten. In den zwei größten Betrieben hatten die Prinzipale bewilligt, wurden aber jetzt von den anderen Prinzipalen veranlaßt, auch ihre Arbeiter zu entlassen. So kann es auch in den Firmen Kling-Annaberg und Bergner-Buchholz am nächsten Lohnstage zu einer Kündigung kommen. In den Betrieben Gutberlet und Brauer wird die Situation noch eine bessere als bisher, es haben dort jetzt die Kolleginnen, die nicht ausständig waren, am Sonnabend die Streikarbeit verweigert, und es wurden deshalb bei der Firma Gutberlet zwei Kolleginnen entlassen und andere werden ihnen folgen. In letztgenannter Firma soll eine der wertvollsten Maschinen unter der Handhabung der Arbeitswilligen nicht mehr funktionieren.

Auf Vorschlag der Streikleitung wurde beschlossen, Herrn Bürgermeister Rudolph-Buchholz nachmals um seine Vermittlung zu ersuchen.

Nachschrift: Inzwischen sind in den Firmen Gutberlet und Brauer etwa 40 Arbeiterinnen wegen der ihnen zugemuteten Streikarbeit ebenfalls in den Ausstand getreten.

Berlin. Tarifbewegung der Berliner Stuisarbeiter. Das Einigungsamt des Gewerbegerichts hat sich mit dem neuen Tarif bereits in einer Sitzung am 5. Oktober beschäftigt, konnte aber eine Einigung der Parteien noch nicht erzielen. Hauptsächlich waren es die Forderungen auf Arbeitszeiterhöhung und Bezahlung der Feiertage, denen seitens der Fabrikanten der größte Widerstand entgegengesetzt wurde. Die weiteren Verhandlungen wurden auf den 10. Oktober vertagt.

Am 8. Oktober beschäftigte sich die Arbeiterschaft mit den Ergebnissen der bisherigen Verhandlungen. Nach kurzer Diskussion fand folgende Resolution Annahme:

Resolution.

Die am 8. Oktober versammelte Stuisarbeiter-schaft Berlins nimmt Kenntnis von den bisherigen Verhandlungen vor dem Einigungsamt. Sie bedauert das äußerst geringe Entgegenkommen der Fabrikanten und lehnt die gemachten Zugeständnisse als völlig unzureichend ab.

Um jedoch den letzten Versuch, dem Gewerbe den Frieden zu erhalten, nicht vergeblich zu unternehmen, beschließt die Versammlung, auch ihrerseits Entgegenkommen zu zeigen und die aufgestellten Forderungen in den noch umstrittenen Punkten abzuändern.

Sie beauftragt ihre Vertreter, auf folgender Grundlage mit den Fabrikanten nochmals in Verhandlungen zu treten:

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, Sonnabends jedoch nur 8 Stunden.

Stuisarbeiter erhalten einen Mindestlohn von 52 Pf. die Stunde; vom 1. Oktober 1908 ab jedoch 54 Pf.

Der Mindeststundenlohn für Christifischer beträgt 55 Pf.; vom 1. Oktober 1908 ab 58 Pf.

Sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten zu ihren bisherigen Bezügen eine Zulage von 5 Proz. Am 1. Oktober 1908 werden weitere 5 Proz. und am 1. Oktober 1909 nochmals 2 1/2 Proz. als Zulage gewährt.

Die Arbeitszeit, an denen auf Anordnung des Arbeitgebers nicht gearbeitet wird, werden bezahlt.

Berlin. Am Dienstag, den 24. September, fand im „Englischen Garten“, Alexanderstraße, eine Branchenversammlung der Kartonarbeiter statt, welche zur Antwort der Prinzipale, auf die eingereichten Forderungen, Stellung nahm. Kollege Schade, als Referent, führte aus, daß die Agitationskommission und die Ortsverwaltung dem Auftrage der Branchenversammlung vom April d. J., ein Schreiben an die Prinzipale zu richten, mit der Anfrage, wie sie sich zur Einführung eines Minimallohnes und eines Akkordtarifs stellen würden, nachkommen seien. Das erste Schreiben von unserer Seite wurde vom Vorsitzenden des Schutzverbandes der Kartonfabrikanten dahin beantwortet, daß die Prinzipale sich so bald wie möglich mit dieser Angelegenheit beschäftigen würden. Auf ein zweites Schreiben an die Fabrikanten antworteten dieselben, „daß es unmöglich sei, bei dem schlechten Geschäftszuge den Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen“. Redner ist jedoch der Ansicht, daß von einer schlechten Geschäftsjunktur gar nicht die Rede sein könne, da die Kartonfabriken immer größer werden und immer neue entstehen.

Am 10. September wurden deshalb folgende Forderungen eingereicht:

1. Einführung eines Minimallohnes für Zuschneider und Arbeiterinnen.
2. Gleichmäßige Regelung der Arbeitszeit.
3. Beschränkung der Zahl der Lehrlinge.
4. Einführung eines Akkordtarifs für alle in Frage kommenden Arbeiten.

Man hätte nun wohl annehmen können, daß die Prinzipale auf diese minimalen Forderungen eingehen würden, aber nichts von alledem. Es seien doch wirklich keine allzu weitgehenden Forderungen, wenn man bedenke, daß Zuschneider heute noch für einen Lohn von 16,50 Mk. arbeiten müßten und Arbeiterinnen einen Lohn von 7 Mk. die Woche erhalten. All dieses und das absehbare Verhalten der Prinzipale, müßte den Arbeitern und Arbeiterinnen die Augen öffnen. Sie müßten sich sagen, daß nur eine straffe Organisation die Prinzipale zur Anerkennung der Forderungen zwingen kann. Daher müßte es Pflicht eines jeden Kollegen und einer jeden Kollegin sein, für den Verband zu agitieren, damit auch der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin der Organisation zugeführt werde; erst dann sei es möglich, den Prinzipalen zu zeigen, daß es dem Arbeiter bitter ernst damit sei, seine Lebenslage zu verbessern. Dieses wäre die beste Antwort auf das Schreiben der Prinzipale und sie würden es sich zehnmal überlegen, ehe sie es zu einem Kampfe kommen ließen. Der größte Hemmschuh für die Regelung der Verhältnisse aber sei die Heimarbeit, und seien es auch Frauen, deren Männer organisiert sind, welche in der Heimindustrie als Lohnbrüder sich hinstellen und es so dem Arbeiter, der in der Fabrik steht, schwer machen, seinen Lohn, sowie seine Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Die Heimarbeiter seien es gerade, die zu jedem ihnen angebotenen Preise arbeiten. Es wäre jetzt endlich an der Zeit, daß auch diese Leute dahinkommen sollten, sich der Organisation anzuschließen um nicht länger als Preisbrüder zu gelten. Redner empfiehlt folgende Resolution:

„Die heute, am 24. September, im „Englischen Garten“ tagende, gut besuchte Versammlung der

Kartonarbeiter und -Arbeiterinnen nimmt mit lebhaftem Bedauern von der ablehnenden Antwort der Prinzipale Kenntnis. Sie hält die Gründe der Ablehnung für ganz unzutreffend und beauftragt die Ortsverwaltung und Branchenleitung, nochmals mit dem Prinzipalverband in Verbindung zu treten. Sie erwartet, daß die Prinzipale mehr Entgegenkommen zeigen werden als bisher. Die Versammlung sieht ferner in der Ablehnung einen weiteren Ansporn zum Ausbau der Organisationsverhältnisse. Sie verpflichtet alle Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß in absehbarer Zeit jeder Arbeiter und Arbeiterin der Organisation angehört.“

In der Diskussion sprachen sich viele Kollegen sehr scharf über das Verhalten der Prinzipale aus, u. a. der Verbandsvorsitzende Kloth. Er führte aus, die Kollegen sollten sich die Kartonarbeiter von Limbach und Anaberg-Buchholz zum Vorbild nehmen, welche es jetzt soweit gebracht haben, daß sie mit den Fabrikanten Tarifverträge abgeschlossen haben. Auch er ist der Ansicht, daß jetzt erst recht die Kollegen die Pflicht haben, für den Verband zu agitieren. Es kann nicht oft genug den Kollegen gesagt werden, daß sie einzeln nichts erreichen können. Nur mit Hilfe der Organisation können die jetzigen Verhältnisse beseitigt werden.

Nachdem die Resolution einstimmig angenommen, wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Zur Tarifbewegung in der Dresdener Plakatbranche. Am 4. Oktober fand wiederum eine Versammlung statt, in welcher Koll. Lange das Ergebnis der 2. Sitzung der Tarifkommission mit den Unternehmern bekannt gab.

Wenn in der ersten Sitzung die Arbeitszeit und Stundenlohn festgesetzt wurden, so bildete in der zweiten Sitzung der Akkordtarif den Gegenstand der Beratung. Die Prinzipale waren der Meinung, daß der von unserer Tarifkommission aufgestellte Akkordtarif nicht ausführlich genug sei, auch nehme derselbe zu wenig Rücksicht auf die künftige Ausgestaltung der Arbeitsweise. Aus diesem Grunde wurde von seiten der Unternehmer eine neue Preisberechnung vorgelegt, welche als Grundlage für die Verhandlungen dienen soll. Wenn die Kommissionsmitglieder sich auch mit dieser Grundlage einverstanden erklären könnten, so war leider in den anderen Punkten eine Einigung nicht zu erzielen. Während alle Gewerkschaften das Bestreben haben, die Akkordarbeit nach Möglichkeit einzuschränken, sind die Unternehmer gegenteiliger Meinung. Alle Arbeiten sollen künftig im Akkord gemacht werden, sogar der Satz und das Einrichten. Die Nebenarbeiten, wie Ausgleichen der Schrift, schlechtes Material, wodurch das Einrichten längere Zeit in Anspruch nimmt usw., bleiben aber ganz außer Berücksichtigung. Bei größeren Auflagen soll obendrein noch ein Abzug erfolgen, so daß die Arbeiten in diesem Falle noch billiger hergestellt werden müßten wie bisher, während im großen und ganzen die alten Preise bleiben sollen, mit Ausnahme der größeren Formate, die einige kleine Aufbesserungen erfahren würden.

Alle diese Punkte wurden zur nochmaligen Durchberatung an die Kommission zurückverwiesen. Von einer allgemeinen Kündigung wurde auch jetzt noch abgesehen, es wurde aber beschlossen, den Unternehmerverband zu ersuchen, sofort mit unserer Tarifkommission zu einer nochmaligen Sitzung zusammenzutreten, so daß in der nächsten Versammlung am Donnerstag den 10. Oktober das endgültige Ergebnis der Verhandlungen vorliegt und dann über etwa weiter notwendig werdende Schritte Beschluß gefaßt werden kann.

Hamburg-Altona. Am Mittwoch, den 2. Oktober, fand eine öffentliche Versammlung für alle in der Buchbinderei, Buch- und Steindruckerei, Linieranstalten, Kartonnagen-, Musterkarten-, Galanterie- und Papierwarenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Ueber das Thema: „Das Recht auf Brot“ referierte der Verbandsvorsitzende Kollege Kloth-Berlin. Redner führte den Anwesenden auf Grund amtlicher Statistiken vor Augen, wie die Preise der notwendigen Bedarfsartikel enorm gestiegen seien und wie die Lebenshaltung der Arbeiter dadurch eine gedrückte geworden sei, da die Entlohnung derselben nicht eine gleiche Beförderung erfahren habe. Dies treffe auch für unsere hiesigen Berufsangehörigen zu, seien doch die Löhne seit vier Jahren dieselben geblieben. Redner empfiehlt daher, jetzt einen energischen Versuch zu machen, hier einen Ausgleich zu schaffen, durch Einführung eines neuen Lohns. Redner unternahm die nähere Begründung unserer Lohnforderungen, unter spezieller Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse. Die Kollegen Sötenks und Wilhelm traten ebenfalls für unsere Lohnbewegung ein. Der Bewegung ange-schlossen hat sich auch der „Christliche Verband für das graphische Gewerbe“ und dessen Mitglied, Kol-

lege Hartmann, gab in kräftigen Worten das Einverständnis mit den aufgestellten Forderungen kund, zum festen und treuen Zusammenhalten auffordernd.

Die Versammlung nahm hierauf einstimmig folgenden Lohns an:

Lohns für Buchbindereien und Kartonnagenfabriken.

Der vorliegende Tarif dient als Grundlage bei Berechnung des Minimallohnes, unter Berücksichtigung der zwischen dem Verband Deutscher Buchbinderbesitzer und dem Deutschen Buchbinderverband getroffenen allgemeinen Bestimmungen.

Arbeitszeit.

Die tägliche Arbeitszeit ist eine neunstündige, außer an Sonnabenden und den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage; an diesen Tagen beträgt die Arbeitszeit nur 8 1/2 Stunden, pro Woche höchstens 53 1/2 Stunden.

Bei durchgehender Arbeitszeit soll die effektive Arbeitszeit täglich eine Viertelstunde kürzer sein als vorstehend bezeichnet.

In Betrieben, wo außer den Buchbindern noch andere Berufe in Betracht kommen, die Buchbinderei-Arbeiter und -Arbeiterinnen aber die Minderheit bilden und die tägliche Arbeitszeit mehr als 9 Stunden beträgt, ist diese längere Arbeitszeit den in der Buchbinderei beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen als Ueberstunden in Anrechnung zu bringen.

Minimalwochenlohn.

Für Gehülfen	30,— Mk.
„ Ausgelernte bis zu einem Jahre nach der Lehre	26,— „
„ geübte Arbeiterinnen	16,50 „
„ ungeübte Arbeiterinnen bis zu einem halben Jahre im Verufe	10,— „
„ ungeübte Arbeiterinnen bis zu einem Jahre im Verufe	12,— „
„ ungeübte Arbeiterinnen bis zu anderthalb Jahren im Verufe	13,50 „
„ ungeübte Arbeiterinnen bis zu zwei Jahren im Verufe	15,— „
„ Arbeiterinnen nach zwei Jahren im Verufe den vollen Minimallohn von	16,50 „
„ Spezialarbeiterinnen	18,— „

Die auf Wochentage fallenden gesetzlichen oder vom Geschäft angeordneten Feiertage werden wie Arbeitstage voll bezahlt.

Akkordarbeit.

Für in Akkord auszuführende Arbeiten kommen die Preise im Lohns des Verbandes Deutscher Buchbinderbesitzer und des Deutschen Buchbinderverbandes (Ausgabe Leipzig) mit 25 Proz. Ortszuschlag in Anwendung.

Ueberstunden.

Ueberstunden sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Für zu leistende Ueberarbeit ist ein Zuschlag zu zahlen:

	Pro Stunde
a) für Gehülfen die ersten zwei Stunden	15
„ „ weitere Stunden und Sonntags	25
b) für Arbeiterinnen die ersten zwei Stunden	10
„ „ weitere Stunden und Sonntags	15

Für Nachtarbeit, von 12 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens, ist doppelter Taglohn zu zahlen. Angefangene halbe Ueberstunden werden voll gerechnet.

Pausen bei Ueberstunden sind zu gewähren: bei einer zweistündigen Ueberzeitarbeit und einer solchen bis zu drei Stunden eine Viertelstunde und bei einer über drei Stunden währenden Ueberzeitarbeit eine halbe Stunde.

Verschiedenes.

Allen Arbeitern und Arbeiterinnen, die die oben bezeichneten Löhne bereits verdienen, ist eine prozentuale Lohnserhöhung zu gewähren.

Ueberstunden müssen vormittags angesagt werden, sonst tritt ein erhöhter Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde ein.

Werden Buchbinderarbeiten in Buch- und Steindruckereien ausshilfsweise in der Druckerei beschäftigt, so hat die Entlohnung nach dem Buchbinderlohn zu erfolgen.

Im Interesse der Arbeiter sowohl, als auch der Arbeitgeber, liegt ein möglichst früher Geschäfts-schluß, daher sollte die tägliche Arbeitszeit nicht über 7 Uhr abends ausgedehnt werden.

Den Arbeitern und Arbeiterinnen ist nach einjähriger Tätigkeit im Geschäft nach Möglichkeit im Sommer ein Erholungsurlaub von 8 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren.

Für die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Kartonnagenfabriken sollen gefordert werden:

Für Zuschneider	30,— Mk.
„ Hilfsarbeiter bei gleicher Leistung den vollen Minimallohn von	30,— „

Für geübte Arbeiterinnen	16,50 Mf.
(zu Afford beschäftigte Arbeiterinnen erhalten an Lohn mindestens 10 Prozent Aufschlag auf den Minimallohn)	
ungeübte Arbeiterinnen bis zu einem halben Jahre im Verufe	10,— Mf.
ungeübte Arbeiterinnen bis zu einem Jahre im Verufe	12,— "
angeübte Arbeiterinnen bis zu anderthalb Jahren im Verufe	13,50 "
ungeübte Arbeiterinnen bis zu zwei Jahren im Verufe	15,— "
Arbeiterinnen nach zwei Jahren im Verufe	16,50 "
Spezialarbeiterinnen	18,— "
Hilfsarbeiterinnen bis zu einem halben Jahre im Verufe	9,— "
Hilfsarbeiterinnen bis zu einem Jahre im Verufe	10,— "
Hilfsarbeiterinnen bis zu anderthalb Jahren im Verufe	13,50 "
Hilfsarbeiterinnen nach zwei Jahren im Verufe	15,— "

Die Versammlung war von 600 bis 700 Personen besucht und nahm folgende Resolution einstimmig an:

„Die heute, am 2. Oktober, im Gesellschaftshaus „Laska“ tagende öffentliche Versammlung der Buchbinderei- und Kartonnagenarbeiter und -Arbeiterinnen ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und hält die aufgestellten Forderungen für das Mindeste zum notwendigen Lebensunterhalt. Sie verpflichtet sich, in Anbetracht der teuren Lebensverhältnisse, mit aller Energie dahin zu wirken, die neuen Lohnlarise zur Einführung zu bringen.“

Die Erledigung der Durchführung der Forderungen überträgt die Versammlung den Ortsverwaltungen der in Frage kommenden Organisationen und beauftragt sie mit den erforderlichen Maßnahmen.

Hannau. Am Sonntag, den 22. September d. J., hielt unsere Zahlstelle eine öffentliche Stützarbeiter-versammlung ab mit der Tagesordnung: „Die Situation im Stützigewerbe“. Referent Kollege August Schmidt-Hannau. Der Referent gab über die gegenwärtige Lage im Stützigewerbe eine klare Uebersicht und erörterte eingehend die Lohnbewegungen der Stützarbeiter Berlins und Eisenbergs vom Jahre 1900 bis jetzt, ebenso die von Hannau, Pforzheim usw. Redner hob hervor, daß es durch die Berliner Tarifbewegungen sowie die Eisenberger Lohnforderung leicht zu Ausperrungen oder Streiks kommen könnte. Da sei es in erster Linie notwendig, die größte Aufmerksamkeit der eventuellen Streikarbeit zuzuwenden. Die Mitglieder wurden ersucht, jede zweifelhafte Arbeit dem Vorstand zu melden. Redner ermahnte alle Kollegen fest zusammenzuhalten, um für einen eventuellen Kampf ge.dapnet zu sein. Es wurden alle diejenigen, die der Organisation noch fernstehen, aufgefordert, derselben beizutreten.

Zu der darauffolgenden Diskussion sprachen sämtliche Redner sich dahingehend aus, daß unter keinen Umständen etwaige Streikarbeit angefertigt werden dürfe, um die Kollegen in Berlin und Eisenberg in ihrem Kampfe zu unterstützen. Folgende Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen: „Die am Sonntag, den 22. September 1907 im Gewerkschaftshaus Hannau tagende öffentliche Stützarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Schmidt einverstanden und verpflichtet sich, nach Kräften dafür zu sorgen, daß alle Kollegen, die der Organisation noch nicht angehören, derselben zugeführt werden, um bei allen Vorkommnissen geschlossen dazustehen.“ St.

Leipzig. In Leipzig befindet sich das gesamte Personal der Maschinenfabrik von Preuße u. Co. im Ausstand. Die geringfügigen Forderungen sind von der Direktion scharf abgelehnt worden. Sämtliche etwa in unseren Betrieben beschäftigten Monteur und Schlosser dieser Firma sind als Arbeitswillige zu betrachten. Die Metallarbeiter ersuchen um unsere Solidarität. Es bedarf wohl keines Wortes, um unsere Mitglieder zu veranlassen, den Arbeitswilligen die Behandlung zuteil werden zu lassen, die ihnen gebührt.

Oberstein i. N. In Oberstein, dem durch seine Wad- und Schmuckwarenindustrie in der ganzen Welt bekannten Städtchen im Nahetal, tobt seit fünf Wochen ein äußerst erbitterter Kampf zwischen den Metallarbeitern und dem Arbeitgeberverbande, an dem auch einige Mitglieder unseres Verbandes beteiligt sind. Im Frühjahr d. J. erzeugten die Herren im Arbeitgeberverband eine Fabrikordnung, die demnach von Geschwändigkeiten frochte, daß selbst die Regierung des Fürstentums Wirtensfeld zu dieser Arbeitsordnung erklären mußte, daß sie den gesetzlichen Bestimmungen nicht entspreche. Da-

mals, nach ihrer berunglückten Machte mit der geschwändrigen Arbeitsordnung, verrieten schon einige Schachmacher, daß seitens des Arbeitgeberverbandes in Oberstein eine allgemeine Aussperrung bei der ersten sich bietenden Gelegenheit beabsichtigt sei. Und diese Gelegenheit wurde — wie es den Anschein hat — künstlich dadurch geschaffen, daß der Inhaber der Metallwarenfabrik von Gebr. Schmidt seine Arbeiter demnach moralisch misshandelte, daß dieses den Arbeitern unerträglich dünkte. Um diese Verhandlung zu beßern, beriefen die Beteiligten eine Versammlung ein und beschloßen, durch eine Kommission bei der Firma wegen einer besseren und anständigeren Behandlung vorstellig zu werden. Diese hörte die Arbeiter aber gar nicht an, sondern verlangte kategorisch, sie sollten zu alledem noch schriftlich Dinge für unwahr erklären, die in der Tat wahr waren. Diese moralisch tiefe Einschätzung der Arbeiter und das moralisch recht bedenkliche Verhalten des Firmeninhabers erbitterte die Arbeiter demnach, daß sie am nächsten Sonnabend ihre Kündigung einreichten; sie wollten eine Arbeitsstelle aufgeben, wo man derartige Anforderungen an ihre Arbeiterehre stellte. Sie wollten sich andere Arbeit suchen. Jetzt griff der Arbeitgeberverband ein, aber nicht etwa zur Schlichtung der Differenzen, wie er seinen Satzungen nach verpflichtet gewesen wäre, sondern er kündigte einfach an, wenn die Arbeiter der Firma Gebr. Schmidt ihre Kündigung nicht bedingungslos wieder zurücknahmen, dann fände am 17. August eine Kündigung sämtlicher organisierten Arbeiter statt und diese Drohung ist auch wahr gemacht worden. Nun befinden sich die Arbeiter Obersteins bereits in der fünften Woche im Kampfe mit den unternehmerischen Terroristen und das ganze wirtschaftliche Leben Obersteins leidet sehr stark darunter. Die Ausgesperrten halten trotz aller verzweifelten Mittel ihrer Gegner tapfer zusammen und bisher ist noch kein Abtrünniger zu verzeichnen.

Potsdam-Nowawes. Unsere Lohnbewegung sollte doch nicht ohne Arbeitseinstellung vorübergehen. Wie schon in der letzten Versammlung berichtet wurde, hatte die Buchdruckerei von Zimberg u. Lesson in Neubabelsberg keine Antwort an die Lohnkommission ergeben lassen. Eine am anderen Tage vorstelligwerdende Werkstübent Kommission erzielte ebenfalls keine nennenswerten Zugeständnisse, so daß alle Kollegen und Kolleginnen die Arbeit einstellten. Obwohl der Arbeitgeber verlangte, daß erst die kontraktbrüchigen Arbeiter in den Betrieb zurückkehren sollten, bevor er sich auf Verhandlungen einlasse, mußte er diesen Standpunkt doch aufgeben, da die Beschäftigte ein allzu langes „Feiern“ nicht zuließ und schließlich nach Berlin gefandte Arbeit dort als Streikarbeit verweigert wurde, da inzwischen bereits eine telephonische Verständigung erfolgt war. Die Verhandlungen, die unsererseits durch die Kollegen Lange und Lensefer geführt wurden, führten zur Anerkennung des von uns vorgelegten Tarifs, mit nur geringen Veränderungen. Auch die 10proz. Lohnzulage wurde für die meisten in Betracht kommenden bewilligt. An den Kollegen und Kolleginnen liegt es nun, durch festen Zusammenhalt die Organisation zu stärken. Ist auch nicht alles in Erfüllung gegangen, so war dies vor allem der Anfang zur Schaffung geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse, deren es doch sehr bedurfte.

Dresden. Sonnabend, den 28. September, fand in den „Reichshallen“ eine sehr gut besuchte Versammlung statt. Genosse Düwel I referierte über: „Einrich Seine“. Der Redner verstand es, durch temperamentvolle Darlegungen aus Heines Leben und Charakter, sowie durch Rezitation einiger seiner Gedichte Auge und Ohr der Versammelten zu fesseln. — Zum 2. Punkt: „Was müssen die Mitglieder von dem am 1. Oktober in Kraft tretenden Tarif wissen?“ sprach Kollege Lange. Seine Ausführungen belehrten uns über die wichtigsten statistischen Bestimmungen, sowie über die zu erwartenden Nachteile bei Nichtbeachtung derselben. Wienhold bedauerte, daß die Mitglieder durch die Hausfassiererei immer mehr dem Versammlungsbefuch entfremdet würden, während Geipel und Lange demgegenüber darlegten, daß die sonst üblichen großen Beitragsreste doch durch das Hausfassieren in der Hauptsache verschwinden seien. Kollege Platner macht schließlich noch auf die wissenschaftlichen Vorträge und Kurse der hiesigen Vereinigung für Volksbildung aufmerksam, während Jopp auf unsere immer größer werdende Bibliothek hinweist, aus der sehr viel Wissen zu holen sei.

Hannover. Unsere am 28. September stattgefundene Mitgliederversammlung beschäftigte sich mit der Krankenzuschußkaffe für weibliche Mitglieder unserer Zahlstelle. Dieser Punkt war schon in der letzten Versammlung eingehend beraten, und einer Kommission war die Aufgabe zuteil geworden, die Sache nochmals zu prüfen und der heutigen Versammlung Bericht zu erstatten. Nachdem der Re-

ferent der Kommission sich seiner Aufgabe entledigt hatte, fand folgender Antrag Annahme:

Vom 1. Oktober 1907 ab erhalten weibliche Mitglieder nach einjähriger Mitgliedschaft und Beitragszahlung im Falle der Erkrankung vom vierten Tage ab pro Tag 50 Pf. inkl. der Verbandskrankenerstattung. Das Vermögen der Krankenzuschußkaffe geht am 1. Oktober 1907 auf die Lokalkasse über, dafür übernimmt die Lokalkasse die Zahlung des Krankengeldes.“

Sodann wurde die Mitteilung gemacht, daß die Kartonnagenfabrik Steiner in Herzord einen Teil ihres Betriebes nach Hannover verlegt und, ungeachtet der in den tariflichen Vereinbarungen festgesetzten 8stündigen Arbeitszeit, eine 10stündige Arbeitszeit eingeführt habe. Da dort jedoch nur ein Kollege organisiert ist (das Personal besteht aus 40 Köpfen) wird es schwer halten, vorläufig Wandel zu schaffen. Der Vorstand wird die nötigen Schritte tun, um Abhilfe anzutreten.

Ein Appell des Kollegen Hendrich an die Mitglieder, die Herbstferien zur Agitation zu benutzen, rief eine lebhaft Diskussion hervor. Der Antrag, eine Kommission zur Hausagitation zu wählen, fand Annahme. Die Wahl derselben soll in der nächsten Versammlung stattfinden.

Dem Vorstande wurde anheim gegeben, die Versammlungen wieder 14tägig stattfinden zu lassen, da sich die Hoffnung, durch Abhaltung von Monatsversammlungen den Versammlungsbefuch zu steigern, nicht erfüllt habe.

Zum Schluß wurde noch auf den Anfang Oktober beginnenden Vergoldkursus hingewiesen.

Leipzig. In der am 20. September stattgefundenen, sehr gut besuchten Generalversammlung des Fachvereins wurde dem § 3 des Statuts folgende Bestimmung angefügt:

„Minderjährige Personen können die Mitgliedschaft nicht erwerben, aber durch Beitragsleistung sich die Unterstüzungen des Vereins sichern.“

Bekanntlich können nach dem sächsischen Vereinsgesetz minderjährige Arbeiter Vereinen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, nicht angehören. Um aber auch diesen Gelegenheit zu geben, der Unterstüzungen teilhaftig zu werden, die der Fachverein gewährt, ist obige Bestimmung getroffen worden.

Des weiteren wurde der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder um 5 Pf. erhöht, während die Unterstüzungsätze in folgender Weise eine Verbesserung erfahren haben:

Arbeitslofenunterstüzung für männliche Mitglieder:
 Nach 52wöchiger Beitragsleistung pro Tag 75 Pf., pro Woche 5,25 Mf. — 52,50 Mf.
 Nach 150wöchiger Beitragsleistung pro Tag 1,00 Mf., pro Woche 7,00 Mf. — 70,00 Mf.
 Nach 260wöchiger Beitragsleistung pro Tag 1,25 Mf., pro Woche 8,75 Mf. — 87,50 Mf.
 Nach 520wöchiger Beitragsleistung pro Tag 1,25 Mf., pro Woche 8,75 Mf. — 100,00 Mf.

Damit sind die Leistungen des Vereins dahin erweitert worden, daß die Dauer der Unterstüzung, auch bei den geringeren Karenzzeiten, sich im Einklang befindet mit der Verbandunterstüzung. Gleichzeitig ist zum Beschluß erhoben worden, daß im Falle der Aussteuerung schon nach 26wöchiger Beitragsleistung wieder Unterstüzung gewährt wird in der Klasse, in welcher vordem Unterstüzung bezogen wurde. Diese Bestimmung galt bisher nur für solche Mitglieder, die 260 und mehr Beiträge geleistet hatten. Es ist also auch in dieser Beziehung eine weitgehende Verbesserung geschaffen.

Um nun aber auch die Arbeitslofenunterstüzung für unsere weiblichen Mitglieder auf 7 Tage pro Woche (statt wie bisher 6) auszudehnen, ist durch den Vorstand noch folgende reaktionelle Aenderung herbeigeführt worden. Weibliche Mitglieder erhalten Arbeitslofenunterstüzung:

Nach 52wöchiger Beitragsleistung pro Tag 45 Pf., pro Woche 3,15 Mf. — 18,90 Mf.
 Nach 150wöchiger Beitragsleistung pro Tag 45 Pf., pro Woche 3,15 Mf. — 25,20 Mf.
 Nach 260wöchiger Beitragsleistung pro Tag 45 Pf., pro Woche 3,15 Mf. — 31,50 Mf.

Damit ist auch für diese, ohne jede Beitrags-erhöhung eine allerdings geringfügige Unterstüzungs-erweiterung eingetreten. Ein Antrag des Vorstandes, der eine großzügigere, unseren lokalen Verhältnissen angepaßte Erweiterung dieser Unterstüzungen bezweckte, wurde gegen eine starke Minderheit ehrenvoll zu Grabe getragen. Wir hoffen, daß das reine Interesse für unseren Fachverein auch in Zukunft sich insofern bemerkbar macht, als durch unermüdliche Agitation unsere Mitgliederzahl vermehrt und die Leistungsfähigkeit des Vereins gehoben wird.

Gemeinschaftliche Sitzung des Prinzipals- und Gehilfenverbandes.

Die im Leitartikel der vorigen Nummer der „Buchbinderzeitung“ erwähnte Sitzung von Vertretern der Vorstände des Deutschen Buchbinder-Verbandes und des Deutschen Buchbinder-Verbandes hat am Mittwoch, den 9. d. M., vormittags 10 Uhr, im Buchgewerbehaufe in Leipzig stattgefunden.

Als Tagesordnung sind die von uns vorgeschlagenen Punkte prinzipalsseitig akzeptiert. Die Vertreter unseres Verbandes sind bereits am Dienstag zu einer Vorbesprechung in Leipzig zusammengetreten.

Ueber das Ergebnis der Beratungen, das bei Redaktionschluss noch nicht vorliegt, werden wir in nächster Nummer ausführlich berichten.

Bekanntmachung.

Berlin. Achtung! Linierer!

Die Sitzungen der Linierer Berlins finden von jetzt ab jeden dritten Mittwoch im Monat statt, und zwar im Restaurant Schmidt, Grünstraße 2. Der Anfang der Sitzungen ist pünktlich 1/2 9 Uhr.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Branchenleitung.

Adressenänderungen.

Vertretliche Bevollmächtigte.

Nürnberg: Max Weigel, Friedrichstr. 4, III.

Unterstützungsauszahler.

Lübeck: Z. Albert Sommerauer, Krähensstraße 13, III, von 1/2 1—1 Uhr und von 1/2 7—1/2 8 Uhr, Sonntags von 1—2 Uhr.

Mainz: Z. A. Ludwig Stelzel, Verlängerte Weintorstr. 19, IV, von 8—9 Uhr. H. Stadt Nürnberg, Korbstraße 11.

Mülheim (Ruhr): Z. G. Bergmann, Lohstr. 11, von 7—8 Uhr, Sonntags von 11—12 Uhr.

Internationales.

Amerika. Vorbereitungen zum Achtstundenkampf. Vom Sekretär des Amerikanischen Buchbinderverbandes, James Dougherty, wurde bekannt gegeben, daß die International Brotherhood of Bookbinders alle Vorkehrungen zur Einführung des Achtstundentages am 1. Oktober getroffen hat. Etwa 12 000 Buchbinder in den Vereinigten Staaten und Canada werden an dem Tage in den Ausstand treten, wenn die Fabrikanten den schon vor längerer Zeit gestellten Forderungen nicht

entsprechen. Der Verband hat seit neun Monaten einen Streikfonds angeammelt, der genügen wird, um den Kampf längere Zeit führen zu können. Dougherty hofft, daß viele Fabrikanten es nicht zum Kampfe kommen lassen werden.

(„New Yorker Volkszeitung“ vom 8. September.)

Briefkasten.

S. M. in B. und R. L. in G. Nachdem der Kollege Brüdner über die Versammlungen in Rheinland-Westfalen insgesamt berichtete, erübrigt sich wohl der Abdruck der einzelnen Versammlungsberichte.

B. und R. in R. Bericht vom Gantag mußte wegen Raumangel leider nochmals zurückgestellt werden.

A. G. in F. Besten Dank für Ihre Arbeit. Mußte einstweilen leider zurückgestellt werden.

S. G. in R. Bericht konnte wegen ersichtlicher Unrichtigkeiten keine Verwendung finden.

B. R. in M. Die Berichtsarten für das Kaiserliche statistische Amt müssen mit 5 Pf. frankiert werden. Wir mußten Strafporto zahlen.

An die Zeitungsempfänger. Ueberzählige Exemplare der Nr. 39 der „B.-Z.“ ersuchen wir zurückzugeben, da dieselbe hier begriffen ist.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hillsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Am 19. Sept. verstarb unser Mitgl.

H. Herm. Ugi

aus Lahr, 49 Jahre alt. [456]

Am 26. Sept. verstarb unser Mitgl.

S. W. H. Gallau

aus Lorgau, 41 Jahre alt.

Am 27. Sept. verstarb unser Mitgl.

Fritz Meißner

aus Dürrenberg, 61 Jahre alt.

Am 28. Sept. verstarb unser Mitgl.

Herm. Holland

aus Schmiedefeld, 37 Jahre alt.

2,50] Die Ortsverwaltung.

Verwaltungsstelle Hannover.

Sonntags, den 19. Oktober 1907, abends 1/2 9 Uhr, im Kassenlokal

vierteljähr. Hauptversammlung

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Kassenbericht.
- 2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet
457] [1,30 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Unlieb verspätet!

Unserem werten Kollegen

Karl Reichl

zu seiner Vermählung mit Fräulein

Thea Grundinger

die besten Glückwünsche
458] [1,80 Zahlstelle Regensburg.

Unserer lieben Kollegin Fräulein

Ida Hübler

zu ihrer Vermählung mit Herrn

Paul Sahn

die besten Glückwünsche.
Organisierte Kollegen u. Kolleginnen
459] [1,40 d. Firma Wünsche (Weid).

Stuttgart. 471] [9,90 Stuttgart.
L. Flühr befindet sich jetzt **Herzogstrasse 5**
Spezial-Hut-Geschäft Solide Ware :: Mitglied des Rabattvereins :: Billige Preise

Unserem lieben Kollegen
Moriz Nigrini
zu seiner Vermählung mit Fräulein
Marie Weilig
die besten Glückwünsche
460] [1,80 Zahlstelle Plauen.

Unserem strengen Finanzier
Nikolaus Schmidt
zu seiner Vermählung mit seiner lieben
Marie 461] [2,—

die besten Wünsche und ein trachendes Hoch vom Glotterlel bis 'nauf zum Randel.
Die Kollegen der Zahlstelle Freiburg.

Nach wie vor
am schnellsten

erhalten Buchbinder Stellungen in ganz Deutschland durch den Kostenfreien Arbeitsnachweis von

O. Th. Winckler

Leipzig

Seeburgstrasse 47,

weil die Liste derjenigen Meister, die Gehilfen suchen,

täglich

erscheint. Diese Liste wird allen anfragenden Buchbindergehilfen vollständig **kostenfrei** zugesandt.

Unserem Kollegen **Alwin Scheffel** und seiner lieben Braut Fräulein **Maria Koch** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
463] [1,— Zahlstelle Darmstadt.

Unserem lieben Kollegen
Hermann Behrend
zu seiner Abreise von Limbach ein
464] **herzliches Lebewohl!** [1,60
Die Kollegen der Zahlstelle Limbach (Sachsen).

Etuismacher
auf Schmuck-Vesteketteln in dauernder Stellung suchen sofort
Gottschalk & Cie., Etuis-Fabrik,
465] [2,— Kreuzlingen.

Offerten nach Konstanz, Postfach 76.
Gut erhaltene Schneidemaschine,
46 cm Schnittlänge, für 70 Mk. zu vergeb.
v. Busch, Charlottenburg, Schloßstraße 15 a IV, von 4 Uhr nachmittags.



NEU! Wellenzieher NEU!
mit welchem der Marmorierer jede gewünschte Welle auf dem Marmoriergrund mit Leichtigkeit herstellen kann.
Preis mit Gebrauchsanweisung 1,10 Mark franko.

Paul Szigris, Marmorierlehrer, [469
Größtes Spezialgeschäft in Marmorierfarben und sämtlichen Marmorier-Utensilien usw. — en gros und detail.
Telephon 10 783. Leipzig, Thalstr. 1. Telephon 10 783.

Gegr. 1889 **Buchbinder-Männerchor Berlin** M. d. A.-S.-B.
Sonntag, den 20. Oktober 1907

Erster gemütlicher Abend
in Rabes Festsälen, Fichtestr. 29

Tanz, Gesang, Solo- und humoristische Vorträge
470] **Anfang 6 Uhr — Eintritt 30 Pf. inkl. Tanz** [3,—

Billetts sind im Bureau, Engel-Ufer 15, im Vereinslokal, Melchiorstr. 15, und an der Kasse zu haben.

Der Vorstand.